

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Makrovorchriften ausgeschlossen. ♦ Postfach-Ronto Hannover Nr. 57813. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Bittoriastr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Mittelverband Bochum.

Die Frontameraden sind geschlagen. Was nun?

P. Z. Seit an Seite mit der Sozialdemokratie standen auch diesmal die Gewerkschaften im Wahlkampf. Das war eine ganz neue Situation in der Geschichte des politischen Klassenkampfes in Deutschland. Sie ist nicht etwa entstanden aus der Ideengemeinschaft zwischen Gewerkschaft und Partei, sondern sie ist zurückzuführen auf die Notwehrstellung, in welche das Kabinett Brüning die deutsche organisierte Arbeiterschaft hineingebracht hatte.

Die eigentliche Kampfbasis der Gewerkschaften liegt ja nicht im Staatspolitischen. Sie liegt vielmehr im sozialwirtschaftlichen Lebensraum der Gesellschaft. Ihre Aufgabe ist es, dem Arbeiter Schutz zu sein im Kampfe um seine Existenz und daneben seine Interessen im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben aufs Beste zu wahren.

Dieser Aufgabenerfüllung sind aber gewisse Grenzen gesteckt. Sie kann nur in einem bestimmten gesetzlichen Rahmen wirksam sein. Dieser Rahmen ist natürlich beweglich. Es können ziemlich engen, aber auch ziemlich weiten Spielraum lassende Gesetze geschaffen werden.

Ziemlich weiten Spielraum zu haben, ist natürlich der Wunsch und das Bestreben der Gewerkschaften. Deshalb ist die politische Gesetzgebung, wenn auch nicht ein direktes Arbeitsgebiet, dann aber doch ein bedeutsames Interessengebiet auch für uns.

Man braucht nur daran zu erinnern, daß die ganze Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses zwischen Unternehmern und Gewerkschaften sich auf Grund bestimmter Gesetze vollzieht. Dasselbe gilt für die Tätigkeit der Betriebsräte. Ebenso beruht die ganze Sozialversicherung auf besonderen Gesetzen (Sozialversicherung).

Diese ganze Gesetzgebung fortschreitend zugunsten der Arbeiterschaft umzugestalten, ist stetes Bestreben der Gewerkschaften. Als selbstverständlich besteht daneben der unbedingte Abwehrwille der Gewerkschaften gegenüber Verschlechterungsversuchen.

Nun besteht die sonderbare Tatsache, daß die Gewerkschaften für Verbesserungen der sozialwirtschaftlichen Gesetzgebung mehr tun können, als gegen Verschlechterungsversuche. Die Gesetze an sich stellen ja nur die politische Verankerung bestimmter gesellschaftlicher Tatsachen dar.

Das heißt also, daß sich vorerst das Zusammenwirken der Gesellschaft und die Lebensbedingungen der verschiedenen Gesellschaftsklassen regeln auf Grund der realen Machtgruppierung. Erst dann, wenn auf diese Weise sich bestimmte Verhältnisse als dauernd haltbar und durchführbar erweisen, kommt die Politik und verankert diese Verhältnisse durch Gesetze.

Also fortschreitende Verbesserung der sozialwirtschaftlichen Gesetzgebung hängt von fortschreitenden Erfolgen der Gewerkschaften im Kampf mit dem Unternehmertum ab.

Die so durch Gesetz verankerten Erfolge bedeuten natürlich einen großen Vorteil für die Arbeiterschaft. Es können nämlich solche Erfolge auch bei schlechter Konjunktur und in für einen Gewerkschaftskampf ungünstigen Zeiten als gesichert betrachtet werden, dies wenigstens dann, wenn in der politischen Führung genügend stark arbeiterfreundliche Kräfte wirksam sind.

Ist das letztere nicht der Fall, dann können wirtschaftliche Krisenzeiten für die Arbeiter gefährlich werden, auch in bezug ihrer gesetzlichen verankerten Rechte. Nämlich so, wie die Gewerkschaften auf fortschreitende Verbesserung dieser Gesetzgebung bedacht sind, so sind es die Unternehmer auf fortschreitende Verschlechterung.

Es kommt nur darauf an, daß ihnen in solchen Zeiten die politische Führung willfährig ist, um den gesetzlichen Schutz zurückzuschrauben. In solchen Zeiten kann der direkte Kampf der Gewerkschaften im sozialen Lebensraum mit dem Arbeitgeber wenig nutzen. Es gilt vielmehr, die Gefahr direkt in dem politischen Raum zu steuern.

Und solche Zeiten zwingen die Gewerkschaften zu klarer politischer Stellungnahme.

Und aus diesem Zwange heraus ergab sich auch unsere außergewöhnliche Stellungnahme in dem hinter uns liegenden Wahlkampf. Die Unternehmer wollten die schwere Wirtschaftskrise ausnutzen, um die gesetzlichen verankerten Erfolge der Arbeiter aus dem letzten Jahrzehnt zu berennen. Das Kabinett Brüning mit den hinter ihm stehenden Parteien hatte auch seine Willfährigkeit hierzu offenbart. Es drohte also große Gefahr. Hier konnten wir nicht ruhig zusehen.

Wir mußten deshalb die politischen Kräfte stärken, die bisher immer als zuverlässig für unsere Politik erprobt waren. Und die lagen nur in der Sozialdemokratie. Daß nicht vielleicht auch die Kommunisten hierfür in Frage kommen konnten, beweist ihr oberstes Parolegebot: **Kampf der Gewerkschaftspolitik!**

Es ist selbstverständlich, daß, wer sich zum Todfeind unserer Politik an sich erklärt, nur widerliche Demagogie übt, wenn er sich nun als der zuverlässige Verteidiger der Erfolge unserer Politik aufspielt. Die Erfolge unserer Politik waren es ja, die durch die Politik des Brüning-Kabinetts gefährdet wurden.

Wir kämpften also nicht, weil wir der Sozialdemokratischen Partei als solcher helfen wollten, mit derselben gemeinsam, sondern weil sie die einzige Partei war, die für uns, das heißt für Erhaltung unserer Erfolge sich im politischen Kampf befand. Sie in solchem Kampf nicht zu unterstützen, wäre Verrat an der Sache der Arbeiterschaft gewesen.

Unser gewerkschaftlicher Wahlkampf ging also nicht lediglich für die Sozialdemokratische Partei, sondern für die Erhaltung unserer eigenen gewerkschaftlichen Erfolge in der sozialwirtschaftlichen Gesetzgebung auf dem einzig möglichen Wege über und durch die Sozialdemokratie.

Hat sich nun der Kampf gelohnt? Die Frage ist eigentlich überflüssig. Das Wahlergebnis spricht zu deutlich. Von den Männern des Kabinetts Brüning sind nur flüchtige Reste übriggeblieben.

Gewiß, seine eigene Partei hat sich gehalten. In ihm aber sind die konfessionell-religiösen Bindungen eben stärker als der soziale Unmut der Arbeiterwähler. Wenigstens vorläufig noch. Aber Brüning stand ja nicht im Kampf für seine Partei. Er kämpfte um seine Politik.

Seine Politik zu retten, das war der Sinn der Reichstagsauflösung!

Und nur von diesem Gesichtspunkte aus darf von ihm und seinem Gefolge das Wahlergebnis gewertet werden. Geschieht das, dann muß doch zugegeben werden, daß noch nie ein Volk mit soviel Desinteresse und soviel bewußter Mißachtung an einer Regierungspolitik vorbeieinen eigenen politischen Willen bekundet hat, als es das deutsche Volk in diesem Wahlkampf tat gegenüber der Politik Brünings.

Wir sagen das nicht nur im Hinblick auf das Votum der margistischen Arbeiterfront. Auch in dem lawinenartigen Anwachsen der Nazis liegt ein sehr deutlicher Protest sowohl gegenüber dem Regierungsprogramm, als auch der Regierungsmethode des Kabinetts Brüning.

Das Regierungsprogramm in seiner einseitigen Arbeiterfeindlichkeit mußte ja die natürlich bestehenden Klassengegensätze im Volke verschärfen. Hinzu kam dann die Regierungsmethode, die geradezu wie eine amtliche Brüstierung und Verhöhnepipelung des demokratisch-parlamentarischen Prinzips anmutete.

Und das war es, was in so überraschendem Ausmaße das ganze verärgerte Kleinbürgertum den nationalsozialistischen Demagogen in die Arme trieb, die „mit dieser Politik der Volkszersplitterung und der demokratisch-parlamentarischen Lotterei“ aufzuräumen versprochen.

Und ob man das zugibt oder nicht: an der Tatsache ist nicht zu rütteln, daß die Naziwähler kein Interesse an der Politik Brünings haben. Sie, mit der „margistischen“ Front zusammen, bilden aber doch eine gewaltige Majorität der Wähler. Und der Demokrat Brüning muß wenigstens jetzt die Konsequenzen ziehen und seine Politik, die zur Entscheidung im Wahlkampf stand, fallen lassen. Das Wahlergebnis macht ihm das nicht nur leicht, sondern gebietet es geradezu.

Daß das vor Zusammentritt des Reichstags nicht geschehen kann, ist klar. Aber der neue Reichstag kann diese Politik nicht weiterführen. Das ist wenigstens unsere Überzeugung.

Man hat Leute, die das Gegenteil behaupten. Aber das wäre nur möglich, wenn sich der Rest des Bürgertums mit den Nazis zu einer Koalition zusammenschloße. Mit dieser Möglichkeit ist nicht zu rechnen, da die demokratischen Kräfte in einzelnen bürgerlichen Parteien noch zu stark sind.

Dann bliebe die Möglichkeit, daß die Nazis auch außerhalb der Regierung Brüning für die Politik der Notverordnung stimmen würden. Auch das halten wir für unmöglich, wenn in der nationalsozialistischen Partei nicht nur Hanswürste gewählt sein sollen.

Bleibt also nur die Möglichkeit, mit der Sozialdemokratie ein Regierungsprogramm zur Durchführung bringen zu können. Ein solches Programm kann nicht das jetzige Programm Brünings sein.

Die Politik der Notverordnung, gestützt auf die Sozialdemokratie, wäre nämlich ausschließen für die sozialdemokratischen Wähler und noch mehr für die sozialdemokratischen Agitatoren und Funktionäre.

Damit dürften wir also recht haben, daß die Frage, ob sich der Kampf gegen den reaktionären Regierungskurs Brüning gelohnt habe, überflüssig ist. Er ist nämlich nach diesem Wahlkampf unmöglich geworden.

Ist der Preis dieses Erfolges nicht zu hoch? Diese Frage taucht vielleicht bei manchem auf, angesichts der 107 Mandate, die die Nazi-Partei erhielt. Auf unserer Seite, das heißt, in der proletarischen Klassenfront, kann die Frage nur von politischer Nativität diktiert werden.

Ob Hitler, Hugenberg, Scholz, Böglar — das bleibt sich gleich. Ihre letzten Ziele sind dieselben, sie wechseln nur die Mäste. Ganz gleich, unter welcher Parole sie in den politischen Kampf ziehen, ihre Absicht ist, die Volksrechte und besonders die Arbeiterrechte zu zerbrechen, um die Alleinherrschaft für die Besitzenden wieder aufzurichten zu können.

Die 107 Mandate an sich bedeuten also vorerst gar nichts Besonderes. Die Besonderheit liegt nur in der Tatsache, daß diese 107 Naziabgeordneten etwas lauter schreien werden als ihre anderen bürgerlich-reaktionären Kollegen und darauf pochen, daß sie alleine die Regierung bestimmen dürften.

Unser geschichtlich-politisches Zielstreben wird davon gar nicht berührt. Wir wollen den Sozialismus. Und es lag nur im Interesse des Bürgertums, zu versuchen, den Entwicklungsweg, der doch offenkundig immer weiter vom liberalen Kapitalismus weg und zum Sozialismus hinführt, mit uns gemeinsam zu gehen. Will das Bürgertum jetzt darauf verzichten und eine faschistische Gegenfront entgegenstellen — wir können es nicht hindern.

Dann ändert sich nur das eine in der proletarischen Entwicklungsgeschichte, daß am Ende doch die recht behalten, die da sagen, daß uns die große Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Gesellschaft nicht erspart bleibt. In der Praxis hieße das: soziale Revolution und Bürgerkrieg!

Für uns ist diese Perspektive schon in der Grundlehre des Sozialismus enthalten. Sie etwas deutlicher in den Bereich der Möglichkeit gerückt zu sehen, kann uns also nicht etwa von unserer geschichtlichen Aufgabenerfüllung abschrecken, besonders, da wir diese Möglichkeit nicht bewußt herbeiführen wollen, sondern die ändern (in der Hitlerfront).

Das Bürgertum selbst also hat sich zu entscheiden. Das heißt also, es muß sich jetzt entscheiden, ob man mit uns den Weg der Demokratie weitergehen will, dann nur mit einer für uns tragbaren Politik, oder ob man der Diktatur die Wege ebnet mit all ihren Folgen.

Und über die wirklichen Folgen der letzten Entscheidung scheint man sich noch nicht recht klar zu sein. Wenn nämlich der Kampf ausbricht gegen eine faschistische Diktatur, dann gibt es nur die eine Entscheidung: Sie Faschismus — die Proletariat!

Es könnte nämlich nicht daneben, wie vielleicht im Rapp-Butsch, auch noch um die Demokratie gekämpft werden, weil der Kampf ja nur erst dann kommen kann, wenn sich die Demokratie vorher selbst aufgelöst hat (durch die Tatsache der Unmöglichkeit einer demokratisch-parlamentarischen Mehrheitsbildung).

Man sieht also, daß das Schwergewicht des ganzen politischen Risikos auf den Bürgerlichen lastet. Oder soll man noch irgendwo bei vernünftigen Menschen im Zweifel sein, was bei einem Entscheidungskampf zwischen deutschem Proletariat und faschistischem Bürgertum übrig bleibt?

Man sieht, so ernst die Entwicklung an sich aussieht, für die deutsche Arbeiterschaft steht innerhalb der ganzen Situation die Partie gut.

Wir hoffen, daß man in der Führung bei uns genügend Mut und Energie hat, um diese Situation auszunutzen. Das Resultat muß am Ende sein, daß der Angriff auf die Arbeiterrechte und unsere politischen Erfolge als abgeschlagen bezeichnet werden kann. Dann hat sich der Kampf gelohnt!

Die Krise der Weltwirtschaft.

Mit ganz wenigen Ausnahmen befinden sich alle kapitalistischen Länder gegenwärtig in einer tiefen Krise. Dadurch wird bewiesen, daß das wirtschaftliche Eigenleben der einzelnen Staaten gering ist. Alle Länder sind mehr oder weniger miteinander verflochten, und der wirtschaftliche Niedergang des einen zieht den gleichen Vorgang in dem anderen nach sich. Die Depressionserscheinungen äußern sich jedoch nicht gleichmäßig. Nach einer Untersuchung des deutschen Instituts für Konjunkturforschung befanden sich Mitte dieses Jahres 48 Länder mit 92,8 Prozent des Welthandels in wirtschaftlichem Tiefstand. In drei Ländern (Dänemark, Irland, Norwegen) macht sich eine Aufwärtsbewegung bemerkbar, und nur ein Land, nämlich Frankreich, zeigt seit zwei Jahren einen ungeschwächt hohen Geschäftsgang.

Die Mehrzahl der Industrieländer befindet sich im Stadium des fortschreitenden Rückganges. Hierzu gehören die europäischen Industriestaaten Großbritannien, Belgien, Italien, Desterreich und die Tschechoslowakei. Im Stadium des beginnenden Rückganges befinden sich die Niederlande, die Schweiz und Schweden. Die übrigen Staaten durchlaufen die Periode des auslaufenden Rückganges, wozu zu rechnen sind: Deutschland, die Vereinigten Staaten, Polen, Rumänien, Portugal, Finnland und einige südamerikanische Staaten.

Der Preisrückgang auf den Warenmärkten.

Der übereinstimmende Rückgang der industriellen Tätigkeit zeigt sich darin, daß Handel und Wandel, Produktion und Beschäftigung in ihrem Ausmaß weit zurückgegangen sind. Seit zwei Jahren ist ein struktureller Preisrückgang auf den Weltrohstoffmärkten zu beobachten. Nach dem Deutschen Konjunkturinstitut deutet die Bewegung der Rohstoffpreise folgende Etappen der weltwirtschaftlichen Entwicklung an:

Bis zum Jahre 1924 steht die Wiederherstellung einer geordneten Nahrungsmittelversorgung im Vordergrund. Bis 1928 wurde eine gewisse Sättigung der Konsumgütermärkte (Kleidung, Schuhe, Möbel usw.) erreicht. In der letzten Etappe 1928-29 wurde der Ausbau des Produktionsapparats vollendet. In diesen Zyklen kam der Preissturz auf den Weltrohstoffmärkten zur Geltung. Gegenüber dem Höchststand der Preise im Zeitraum 1922-29 ist eine Veränderung der Preislage im Juli 1930 bei einzelnen Rohstoffen und Nahrungsmitteln bis 87 Prozent festzustellen.

Am stärksten fielen: Kautschuk um 87, Zucker um 80, Rohseide um 66, Jute um 66, Wolle um 60, Zinn um 57, Kaffee um 54 Prozent usw. Es wird angenommen, daß dieser Preisrückgang der Weltrohstoffe und Nahrungsmittel noch keineswegs zum Stillstand kommt, sondern noch etwa zehn Jahre andauert. Mehrere Warengattungen bewegen sich bereits auf dem Preisniveau der Vorkriegszeit und die übrigen werden im Laufe der Jahre auf diesen Stand kommen. Die Deflationsbewegung wird deshalb in den nächsten Jahren weitere Fortschritte machen.

Das Massenangebot von Geld.

Die maßgebenden Effektenbörsen stehen seit langem unter starkem Druck. Die Aktienkurse sind fast in allen Ländern zurückgegangen. Am stärksten war der Sturz in den Vereinigten Staaten und Deutschland. Die Verflüssigung der Geldmärkte ist bereits seit dem Herbst 1929 festzustellen. Die Diskontsätze haben einen Tiefstand erreicht, wie er seit der Vorkriegszeit nicht zu verzeichnen war. Geld ist in Massen auf den Weltgeldmärkten zu haben, namentlich kurzfristige Gelder sind in einem Umfange verfügbar wie seit langem nicht. Daß diese Kapitalmassen unbeschäftigt in den Tresors der Großbanken ruhen, deutet die Verdrängung der kapitalistischen Wirtschaft an.

Die Veränderungen im Außenhandel.

Die Umsätze im Welthandel sind sowohl dem Wert nach als auch der Menge nach zurückgegangen. 48 Länder, auf die etwa sieben Achtel des Welthandels entfallen, haben im ersten Halbjahr 1930 einen Umsatzrückgang von 17,1 Milliarden Mark oder 13,6 Prozent gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen. Darunter haben besonders die rohstoffexportierenden Länder zu leiden. Weniger stark sank der Außenhandel in Fertigwaren. Es dürfte aber erklärlich sein, daß die rohstoffexportierenden Ueberseeländer nicht die Fertigwarenmengen aufnehmen konnten als sonst.

Die Einfuhr der europäischen Länder ist im ersten Halbjahr 1930 um 4,3 Milld. M. oder 10,7 Prozent geringer als im Vorjahre. Dieser Rückgang ist zum großen Teil auf die wertmäßige Verringerung der Einfuhrwaren zurückzuführen. Besonders groß war der Rückgang der Rohstoffeinfuhr in Polen, Italien, Desterreich und der Tschechoslowakei. Weniger gering war der Rückgang bei der Einfuhr von Fertigwaren. Bemerkenswerte Rückgänge der Fertigwareneinfuhr wären zu verzeichnen in Großbritannien, Holland, Desterreich und der Schweiz.

Die deutsche Ausfuhr hat nur um 2 Proz. abgenommen. Solange der Preissturz der Rohstoffe und Halbwaren anhält, dürfte eine wesentliche Vergrößerung der Ausfuhrfähigkeit nicht zu erwarten sein. Die Vorräte an den Rohstoffmärkten sind insgesamt um etwa 60 Prozent größer als vor einem Jahre. Die Vorratsanhäufungen sind bis zu 340 Prozent höher als 1929.

Die Weltarbeitslosigkeit.

Noch niemals dürfte die Arbeitslosigkeit einen solchen Stand erreicht haben wie gegenwärtig. Die Zahl der Arbeitslosen insgesamt wird auf 11 Millionen geschätzt. Mitte 1929 wurden rund 5 Millionen gezählt. Zu den Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit zählen: die Vereinigten Staaten, Deutschland, England, Italien, Polen, Desterreich, Norwegen und Australien.

Diese Länder zusammen hatten im Juni dieses Jahres 10,3 Millionen Arbeitslose. Eine außerordentlich geringe Arbeitslosigkeit haben Frankreich, Neuseeland, Finnland und die östlichen Randstaaten. Nur 23 000 Arbeitslose wurden hier gezählt. Die übrigen Länder zählen zu der Gruppe, die eine mittlere Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hat. An der Spitze sämtlicher Staaten stehen die Vereinigten Staaten mit rund 5 Millionen Arbeitslosen nach der Statistik des amerikanischen Gewerkschaftsbundes. Merkmale zu einer wesentlichen Belebung der Arbeitsmärkte liegen nicht vor.

Die industrielle Ueberproduktion.

Die hohe Zahl der Arbeitslosen ist nicht allein auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen. Die Leistungssteigerung der mensch-

lichen Arbeitskraft spielt dabei eine außerordentlich große Rolle. Selbst bei gebrochener Produktion werden mehr Güter erzeugt als verbraucht werden. Die landwirtschaftliche Ueberproduktion hängt mit einer Reihe von Umständen zusammen.

Die Technisierung der Landwirtschaft, die Verwendung künstlichen Düngers und die allgemeine Intensivierung hat die Tatsache grell in Erscheinung treten lassen, daß das Brot schneller wächst als die Menschen. Die industrielle Leistungssteigerung ist allgemein bekannt. In den Vereinigten Staaten stieg die Produktionsleistung des einzelnen Arbeiters (1913 = 100) für das Jahr 1923 auf 132 und für 1927 auf 147. Ähnlich werden die Verhältnisse auch in anderen Staaten liegen. Eine starke Strukturwandlung der gesamten Industrie ging damit einher. Industrien, die in der Vorkriegszeit kaum bekannt waren, beschäftigten heute Millionen von Arbeitern.

In den Vereinigten Staaten werden 4,3 Millionen Arbeiter in der Kraftwagenherstellung beschäftigt. 1927 wurden für 447 Millionen Dollar Radioapparate verkauft. Es wurden mithin Industriezweige entwickelt, die vor dem Kriege entweder gar nicht oder nur unvollkommen vorhanden waren. Wenn trotzdem eine so hohe Zahl von Arbeitslosen vorhanden ist, so dürfte daraus hervorgehen, daß der Goldwert der Arbeitsstunde in

Verbindung mit der Leistungssteigerung der menschlichen Arbeitskraft gewachsen ist.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise dürfte klar beweisen, daß die kapitalistische Wirtschaft noch keineswegs den Grad der Vollkommenheit erreicht hat. Kommt doch sogar eine halbamtliche Körperschaft, wie das Deutsche Institut für Konjunkturforschung, nach einer Erforschung der weltwirtschaftlichen Lage zu folgendem Ergebnis:

„Auf der einen Seite liegen jetzt Milliardenwerte an Waren brach und harren des Abzuges, während auf der anderen Seite viele Millionen von Arbeitskräften zu feiern gezwungen und von der Nutznießung dieser Produkte abgesperrt sind — eine Ironie der Wirtschaftslage auf das ökonomische Prinzip, auf die zweckbewußten Planungen der Unternehmer, auf den gefundenen Menschenverstand, der angeblich, alle wirtschaftlichen Handlungen beherrscht. Wenn es früher allein die Kräfte der freien Wirtschaft waren, die auch bei höchst gesteigerten Formen der Rechenhaftigkeit eine auf die Dauer gleichmäßige, störungslose Bedarfsdeckung nicht zu erreichen vermochten, so zeigt sich daselbe Unvermögen jetzt bei den Dispositionen der öffentlichen Hand sowie aller Kartelle, Konventionen und Tarifverträge.“

Es ist in der Tat eine Ironie auf das ökonomische Prinzip und den gefundenen Menschenverstand, wenn es bei billigsten Rohstoffpreisen, ungeheurer Geldfülle und Massenarbeitslosigkeit nicht gelingt, die Produktion anzukurbeln. Ueberall in der Welt eine gedroffene Kaufkraft bei riesigen unverkäuflichen Warenbergen. Dieser Widerspruch ist nicht zu überbieten!

Die Gewerkschaftsbewegung ist unsere Rettung!


Es wird uns geschrieben: Ein Blazregen von Papier ist auf die deutschen Staatsbürger niedergeprasselt. Mit allen Mitteln der Verdrehungskunst wurde gearbeitet. Von Selbsterkenntnis war keine Spur zu merken. Alle demagogischen Mittel wurden angewandt, um den Gegner als den allein Schuldigen für all das Elend, die Not und die Verzweiflung erscheinen zu lassen. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Verdienstrückgang und was dergleichen Dinge mehr sind, waren vollkommene Wahlhelfer der Demagogen. Die mißliche Lage, in die sehr viele Menschen ohne Verschulden geraten sind, wurde von gewissenlosen Elementen benutzt, um denkwürdige Menschen vollends zur Verzweiflung zu bringen. Bei dem Mangel an politischem Sinn und den geringen Kenntnissen, die über Staatspolitik, Wirtschaft, Sozialpolitik usw. verbreitet sind, finden maßlose Versprechungen williges Gehör.

Selten ist soviel ungereimtes Zeug zusammengeschwätzt und wohl noch nie ist soviel geschwindelt worden wie zur letzten Wahl. Das Resultat ist unseren Lesern bekannt. 11 Millionen Menschen von 34 Millionen, mithin der dritte Teil, haben für die Diktatur oder Abarten derselben gestimmt. Die Sozialdemokratische Partei hat sich verhältnismäßig gut gehalten; doch wäre es unklug, wollten wir nicht erkennen, daß auch sie eine Schlappe erlitten hat. Ihre Stimmzahl verminderte sich von 9 150 000 auf 8 572 000. Stimmten 1928 noch 29,8 Prozent aller Wähler für die SPD, so waren es jetzt noch 24,5 Prozent. Die SPD hat aus dem Zustrom der neuen Wähler keinen oder nur geringen Zugang erhalten und auch den alten Bestand nicht ganz halten können. Es scheint, daß sich namentlich die Jugend für die Partei nicht so erwärmt hat, als dies früher der Fall war. Wenn man berücksichtigt, mit welchem heißem Eifer, mit welchem Idealismus und Hingabe wir früher uns für die Partei geopfert haben, kann man es kaum verstehen, daß die Jugend von heute ganz andere Wege wandelt. Hier liegt das große Zukunftsproblem, von dem der Bestand und die Weiterentwicklung der sozialdemokratischen Parteibewegung abhängt.


stände, so müßte man einmal wünschen, daß jene Elemente einmal das Staatsschiff in die Hand nehmen. Aber außer einem großen Trümmerhaufen würden sie nichts hinterlassen!

Die bürgerlichen Parteien der Mitte sind schuld daran, daß es so gekommen ist. Der Wahlkampf wurde geführt unter dem Motto: „Schonung der Wirtschaft! Die Wirtschaft sei überlastet und müsse endlich einmal eine mehrjährige Schonfrist erhalten.“ So verkündeten die Brüning, Schiele, Dietrich und Genossen. Von der Schonung der Millionen, die ohne Existenzmittel auf der Straße liegen, wurde nicht gesprochen. Im Gegenteil, man suchte ihnen den letzten Halt durch Entziehung und Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung zu nehmen. Der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften wurden Dinge in die Schuhe geschoben, für die sie nicht verantwortlich gemacht werden können. Die verkehrte kapitalistische Entwicklung, die Tatsache, daß die kapitalistische Wirtschaft mit den aufkommenden Problemen nicht fertig zu werden vermochte, wurde denjenigen zur Last gelegt, die sich wirklich ernsthaft bemühten, das ruhelose Auf und Nieder durch eine stete Entwicklung in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzulösen. Wie Figura zeigt, sind Millionen Menschen auf diesen Schwindel hereingefallen. 11 Millionen erwachsene Menschen sind jenen Schaumschlägern nachgelaufen, deren Können nur im Maulwurfreißen bestand. Da ist es ein schwacher Trost, daß die bürgerliche Mitte dabei vor die Hunde ging. Gewinner ist allein das Zentrum, das seine Kandidaten um sechs vermehren konnte. Diese Partei ist der größte Nutznießer der Frauenwahl.

War die Bildung einer tragfähigen Regierung bereits im alten Reichstag schwer, so erscheint sie jetzt fast als ein Ding der Unmöglichkeit. Es wird darauf ankommen, wie sich das Zentrum entscheidet. Sehen sich die Arbeiter in der Zentrumspartei durch und steigt der gesunde Gedanke bei den Führern der Zentrumspartei, so ist mit der Sozialdemokratie eine Regierungsbildung möglich. Schlägt das Zentrum sich jedoch auf die andere Seite, dann wird die deutsche Wirtschaft



Die gelbe Morgenröte

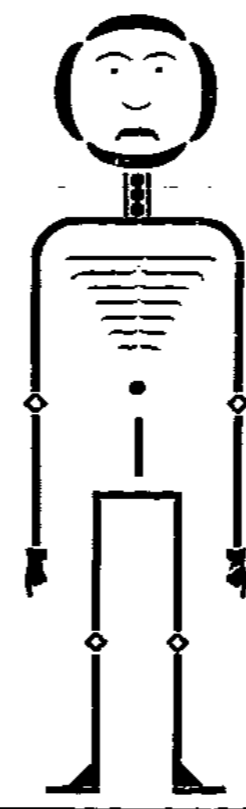


**Quakel jauchzt: Heil, Hitler, heil!
Den Sozi traf dein Donnerkeil!
Du hast ihn ohne Furcht und Zagen
Kinnhakenkreuzgelähmt geschlagen!**

**Jetzt bricht für jeden Arbeitsmann
Die gelbe Morgenröte an.
Jetzt gibt es Arbeit und Moneten,
Da kann ich mir eins mehr verlöten.**

**Gebenedeit, gesegnet sei —
Na zdar! — die Tschechoslowakei!
Dort hat 'ne Jungfrau aus Ertoren
Den größten Deutschen uns geboten.**

**Kreuzhakenbombenement!
Jetzt hat die rote Pest ein End!
Bald werden aus Laternenpfählen
Die Bonzen ihre „Rüben“ zählen.**



**Dann gibts kein Arbeitslosenheer
Und keine Unterstüßung mehr.
Die Leistung wird den Lohn bedingen
Und auch mehr Arbeitslust erzwingen.**

**Des großen Adolf starke Hand
Zerschmettert jeglichen Verband.
Wer streift, bekommt die blaue Bohne
Aus Hitlers Nazi-Spachtanone.**

**Weil der Chef der Firma Ment
Seine Nazi-Gelbsucht kennt,
Gibt er mir mit guten Kosten
Einen Drückebergerposten.**

**Quakel (siehe Zeichnung) klönt:
Wenn der A. H.-M-arsch erdröhnt,
Salutieren Heil und Segen
Alle Bretter vor dem Brägen!**

Victor Kalinowski.

Man konnte darauf gefaßt sein, daß die radikalen Parteien zunehmen würden, doch hat es niemand für möglich gehalten, daß die Nationalsozialisten und die Kommunisten einen derartigen Aufschwung nehmen würden. Die Stimmen der Nationalsozialisten haben sich verdachtigt. Es gab 6,4 Mill. deutsche Männer und Frauen, die in dem Hezengabbat des Nationalsozialismus ihr Heil sehen. Eine Partei, die weder national noch sozialistisch, noch eine Arbeiterpartei ist, die nur mit verschwommenen Phrasen arbeitet, irgendwelche Taten nicht aufzuweisen hat, konnte einen derartigen Erfolg buchen! Wir dürfen an der Tatsache nicht vorübergehen, daß die Mehrzahl der nationalsozialistischen Wähler Arbeiter und Angestellte sind. Es ist ein Trauerspiel sondergleichen, wenn man sich die Ergebnisse der Wahlen in Sachsen, im Ruhrgebiet, im mitteldeutschen Industriegebiet, im industriellen Rheinland usw. ansieht. In dem ehemals roten Sachsen, wo vor dem Kriege von 23 Wahlkreisen 22 durch Sozialdemokraten vertreten waren, bringen die Nationalsozialisten über 560 000 Stimmen auf! Nimmt man noch hinzu, daß 486 000 Sachsen Kommunisten wählten, so hat man ein Bild der Verzweiflung, wie es trauriger kaum gedacht werden kann. Alle die Enttäuschten, die in einem landfremden Scharlatan den kommenden Mann sehen, wußten wirklich nicht, was sie taten. Wenn nicht soviel auf dem Sozial-

Ein Trost ist uns geblieben: die Gewerkschaften werden von den politischen Umwälzungen nicht allzu stark berührt. Sie sind der Hart, rocher de bronze. Mögen sich die Junglinge auf der Eiswiese des politischen Verlammlungstempels austoben wie sie wollen, im gewerkschaftlichen Leben erweist sich die ruhige Ueberlegung und schließlich der Erfolg. Auf dem schlüpfrigen Boden der sozialpolitischen und wirtschaftlichen Kämpfe werden sie zu Fall kommen, wenn sie es versuchen sollten, auf diesem Gebiete Lorbeeren zu ernten. Je schlimmer es auf dem Gebiet der Politik aussieht, desto fester müssen wir die Bastionen der Gewerkschaftsbewegung ausbauen. Das Unternehmervolk, welches im Wahlkampf verpulvert wurde, sollte nicht nur die Sozialdemokratie aus ihren Positionen verdrängen, noch viel mehr hätte man die Schwächung der gewerkschaftlichen Stellung im Auge. Man wollte politisch das durchsetzen, was man in offener Feldschlacht gegen die Gewerkschaften nicht zu erreichen vermochte.

Die Reichstagswahl vom 14. September 1930 sollte uns die Erkenntnis bringen, daß die Gewerkschaftsbewegung der letzte Hort ist, den es zu verteidigen gilt. Eine systematische und konsequente Organisationsarbeit muß einsetzen, damit die Schlappe bei den Wahlen wieder ausgeweht werden kann. Die Möglichkeit dazu ist durchaus vorhanden.

Kündigung des Lohntarifs in Oberschlesien.

Raum ist die Lohnabbauffensive der rheinisch-westfälischen Grubenbesitzer abgewehrt und schon erhalten wird die Nachricht aus Oberschlesien, daß der dortige Arbeitgeberverband die Lohnsätze für den Steinkohlen- und Erzbergbau zum 31. Oktober gekündigt hat. Eine bestimmte Forderung ist in dem Kündigungsschreiben nicht enthalten. Diese soll vielmehr in den mündlichen Verhandlungen ausgesprochen werden. Die Art dieses Vorgehens ähnelt also in starkem Maße der Haltung der Ruhrgrubenbesitzer.

Was nun die oberschlesischen Grubenherren unmittelbar veranlaßt hat, einen Angriff auf die Bergarbeiterlöhne zu unternehmen, ist zur Stunde noch nicht bekannt. Diese Gründe werden wir erst in den Verhandlungen erfahren. Falls sie sich jedoch die gleichen Argumente wie die Ruhrunternehmer zu eigen machen sollten — nämlich Lohnabbau aus Gründen steigender Wettbewerbsfähigkeit — dann werden sie damit in der Öffentlichkeit keine ernsthafte Beachtung finden. Zu gleicher Zeit, als die oberschlesischen Grubenbesitzer ihr Kündigungsschreiben abfaßten, wurde nämlich durch das „Berliner Tageblatt“ vom 16. September folgende Meldung verbreitet:

„Die Lohnsenkungsbewegung, die auf breiterer Grundlage in Deutschland einsetzt, hat auch auf Polen ihre Rückwirkung ausgeübt, wiewohl das allgemeine Lohnniveau hier bei weitem niedriger liegt als in Deutschland (ungefähr 40 Prozent. D. Red.). Besonders lebhaft hat diese Frage die Textilgroßindustrie in Lodz aufgegriffen, die sich veranlaßt sah, zunächst die Warenpreise unter ein durch die Kalkulation gerechtfertigtes Niveau herabzusetzen. Allerdings hat sie vorläufig noch davon Abstand genommen, die Arbeiterlöhne entscheidend herabzusetzen. Hingegen wurde von Seiten des ost-oberschlesischen Kohlenbergbaues und der Hüttenindustrie das mit den Arbeitern abgeschlossene Lohnabkommen aufgekündigt. Auch die Organisation der Arbeitgeber in Pommern und im Bromberger Gebiet machte den Versuch, die Löhne um 10 Prozent herabzusetzen, konnte jedoch mit diesem Vorhaben nicht durchdringen. Hingegen wurde mit Erfolg eine Lohnregulierung im Baugewerbe Polens und Pommerns durchgeführt.“

Nach dieser Meldung versuchen also auch die polnischen Unternehmer, die Löhne abzubauen, obwohl die Arbeiter in Polen ohnedies nur 60 Prozent des deutschen Reallohnes verdienen. Es ist daher ganz offensichtlich, wohin der Weg

der Unternehmerpolitik führen soll. Man will in jedem Lande die Krisenopfer auf die Arbeiterschaft abwälzen, indem man versucht, die Löhne abzubauen. Um diesen Lohnraub in dieser schweren Zeit zu rechtfertigen, verweist man gegenseitig auf die Lohnpolitik in den Nachbarstaaten. Wenn die Arbeiterschaft dieses Spiel mitmachen und erdulden wollte, käme sie bald in des Teufels Küche. Denn vorausgesetzt, daß es den Unternehmern eines Landes gelänge, die Löhne zu reduzieren, dann würde das andere Land bald folgen und nach kurzer Zeit stünde man in der gleichen Krise, nur mit dem Unterschied, daß man auf Kosten der Arbeiterschaft ein unfruchtbares Experiment mehr hinter sich hat. Das Vorgehen der Unternehmer muß deshalb den schärfsten Protest der Arbeiterschaft herausfordern.

Die Kündigung der oberschlesischen Grubenunternehmer wirkt um so aufreizender, als die oberschlesischen Bergarbeiter in den ersten sieben Monaten dieses Jahres nahezu eine Million Feiertage hinnehmen und auf diese Weise einen ungeheuerlichen Lohnausfall ertragen mußten. Auf der anderen Seite ist der Förderanteil dauernd gestiegen und stand im Juni auf 1426 Kg. je Mann und Schicht. Seit Januar d. J. ist er allein um 6 Prozent gestiegen. Außerdem hat das deutsch-oberschlesische Kohlengebiet in den letzten Jahren eine verhältnismäßig gute Position aufzuweisen gehabt und beachtliche Ueberschüsse erzielt. Wenn gegenwärtig in Oberschlesien etwa 14 000 Bergarbeiter arbeitslos sind, dann ist demgegenüber darauf zu verweisen, daß zur Zeit noch 5000 bis 6000 polnische Bergarbeiter beschäftigt werden. Im polnischen Bergbau sind dagegen nur 76 Mann aus deutschem Gebiet tätig.

Die Kündigung des Lohnabkommens seitens der Unternehmer bedeutet also weiter nichts als den Versuch, die Nachteile der gedrückten Konjunkturlage auf die Bergarbeiter abzuwälzen. Gegen diese Absicht hat Husmann schon auf der Generalversammlung in Breslau energisch protestiert. Gegen diese Absicht haben sich auch bis jetzt die Ruhrbergarbeiter erfolgreich zur Wehr gesetzt. Wir sind deshalb auch davon überzeugt, daß dank der geschlossenen Haltung der organisierten oberschlesischen Bergarbeiter dieser Schlag vereitelt wird. Auf alles Nähere, insbesondere auf die Stellung unseres Verbandes, werden wir erst in den nächsten Nummern eingehen können.

Der englische Gewerkschaftskongress.

Der 62. Kongress des Britischen Gewerkschaftsbundes (T.U.C.) fand vom 1. bis 6. September in Nottingham statt. Es wohnten ihm 606 Delegierte bei, die 210 Organisationen mit insgesamt 3 744 320 Mitgliedern vertraten. In Wirklichkeit ist jedoch die Mitgliederzahl des T.U.C. viel größer, denn die meisten angeschlossenen Organisationen zahlen für ihre arbeitslosen Mitglieder, deren Zahl bekanntlich nicht gering ist, keine Beiträge. Die Britische Bergarbeiterföderation entrichtete z. B. nur für 600 000 Mitglieder Beiträge, während ihre Gesamtmitgliederzahl 890 000 beträgt. Mehr als 200 000 arbeitslose Bergleute, die einen kleinen Beitrag von 1 Penny je Woche zahlen, werden demnach in den Tabellen der Landeszentrale nicht aufgeführt. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei einer ganzen Anzahl anderer Organisationen. Man kann deshalb ohne Uebertreibung sagen, daß sich die wirkliche Mitgliederzahl des T.U.C. auf mehr als 4 Millionen beläuft.

Der allgemeine Eindruck, der sich aus den Debatten des Kongresses ergab, war ein ausgezeichnete. Die einflussreichsten Gewerkschafter gehen darin einig, daß der diesjährige Kongress eine der erfreulichsten Tagungen der letzten Jahre war. In der Tat gestalteten sich die Arbeiten des Kongresses äußerst interessant und lehrreich, sowohl im Hinblick auf die Bedeutung der zur Behandlung gelangten Probleme als auch angesichts des hohen Standes der Besprechungen. Bei diesen tat sich be-

sonders der Wille kund, auf den Grund der ersten und schwierigsten Probleme zu gehen, denen die britische Arbeiterschaft heute gegenübersteht, ferner war man in lobenswerter Weise bestrebt, praktische Lösungen zu finden und positive Schlüsse zu fassen. Vielleicht waren diese Beschlüsse nicht immer die besten und die Lösungen nicht immer die glücklichsten. Die Zukunft wird dies lehren! Dieser Feststellung muß jedoch sofort beigefügt werden, daß die britischen Kameraden während des ganzen Kongresses ernsthaft bestrebt waren, ihre von den Forderungen der Stunde eingehenden Anträge und Wünsche mit den gegenwärtigen und zukünftigen Interessen der Arbeiterklasse aller Länder in Einklang zu bringen.

Hefig und entschieden wandte sich der Vorhänger gegen die undisciplinierten Minderheiten in der Arbeiterbewegung. Ohne Umschweife und Vorbehalte sprach er sich auch zugunsten der Arbeiterregierung aus, womit er vor aller Öffentlichkeit die bestimmte und enge Solidarität mit der politischen Bewegung zum Ausdruck brachte. Streng verurteilte er jedes undisciplinierte Vorgehen, sowohl auf gewerkschaftlichem als auch auf politischem Gebiete. Ohne Umschweife billigte er die Besprechungen mit den zentralen Unternehmerorganisationen, die sogenannten industriellen Konferenzen, die den Zweck haben, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Unternehmer- und Arbeitervertretern auf eine dauerhafte und nationale Grundlage

zu stellen. Jenen, die sich gegen diesen angeblichen Verrat an althergebrachten Prinzipien zugunsten des Wirtschaftsfriedens wenden, antwortete er, daß es sich bei diesen Besprechungen nur um die allgemeinere Anwendung der alten Forderungen der Arbeiterschaft auf dem Gebiete der Anerkennung ihrer Vertreter handelt, um das Mitspracherecht und die Teilnahme bei der Lösung von wirtschaftlichen Problemen, die über den Rahmen bloßer Lohn- und Arbeitszeitfragen hinausreichen.

Wir haben bereits gesagt, daß sich die Kongreßteilnehmer über den Jahresbericht des Generalkrats und eine große Anzahl von Vorschlägen auszusprechen hatten. Von den wichtigsten der zur Behandlung gelangten Fragen erwähnen wir folgende: Die Bergleute schlugen eine *general strike in the coal industry* vor. Dieser Antrag wurde in einer namentlichen Abstimmung mit 1 946 000 gegen 1 469 000 Stimmen abgelehnt.

Die Stellungnahme des Generalkrats zu dem Punkt: „Bericht des wirtschaftlichen Komitees des Generalkrats über die Gestaltung des britischen Weltreiches zu einer wirtschaftlichen Einheit“ läßt sich wie folgt umschreiben: Im Hinblick auf die zunehmende Tendenz der Herbeiführung einer wirtschaftlichen Solidarität zwischen gewissen Gruppen von Nationen wäre es zweckmäßig, zwischen den verschiedenen Teilen des britischen Gemeinwesens so viel als möglich wirtschaftliche Beziehungen anzustreben, die zu beider Vorteil sein können. Eine solche Politik, die uns bei der Beschaffung der Rohstoffe sowie bei der Erweiterung unserer Märkte dienen könnte, würde in keiner Weise im Gegensatz stehen zu unserer Politik des Zusammenschlusses der ganzen Welt durch den Völkerbund, der Verbindung mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung oder des Abschlusses internationaler Uebereinkommen für gewisse Industrien. Der Unterschied würde nur der sein, daß wir imstande wären, als ein großes Gemeinwesen von Nationen anstatt als eine einzige Nation zu unterhandeln. In mancher Hinsicht würden dadurch große Vorteile entstehen.

Dieses Problem des „Freihandels innerhalb des britischen Weltreiches“ rief eine lebhaftige Debatte und eine starke Opposition hervor, die zeigte, daß das britische Reich keineswegs eine industrielle und wirtschaftliche Einheit ist. Die Umwandlung des britischen Reiches in einen wirtschaftlichen Block müßte außerdem unweigerlich zu einer schärferen Konkurrenz und damit zu einer schärferen Schutzpolitik gegenüber den anderen wirtschaftlichen Gruppen führen. Endlich würde diese Vereinheitlichung nur einen geringen Einfluß auf die Wirtschaftslage des Mutterlandes ausüben und die Krise in keiner Weise mildern können. So sind z. B. die Absatzmärkte der britischen Kohlenindustrie ganz außerhalb des britischen Reiches gelegen. Die Kohlenindustrie würde aus einer solchen Organisation nicht Vorteile ziehen, sondern eher zugrunde gehen. Dessenungeachtet wurde der Bericht des Wirtschaftskomitees mit 1 878 000 gegen 1 401 000 Stimmen angenommen.

Das letzte Wort in dieser Frage ist jedoch noch nicht gesprochen. Die starke Opposition innerhalb der britischen Arbeiterbewegung zeigt, wie widerspruchsvoll das Problem ist. Wie werden sich jedoch die Gewerkschaftsführer und Industriellen der Dominien verhalten, wo die Feindschaft gegen diese Pläne angesichts des entgegengesetzten Ganges der wirtschaftlichen Entwicklung, der andersgearteten Ursachen ihrer Schwierigkeiten und Interessen viel ausgeprägter ist als in England? Ohne Zweifel wird sich auf der in einigen Wochen stattfindenden Reichskonferenz ein Echo einstellen.

Mehrere Beschlüsse gelangten zur Annahme, die die Sozialversicherung und Probleme der sozialen, beruflichen und industriellen Hygiene betreffen. In einem dieser Beschlüsse wird die Annahme eines Gesetzes verlangt, demzufolge die Krankenunterstützung der Arbeitslosenunterstützung gleichgestellt werden soll. Im übrigen wird mehrfach die Verbesserung des medizinischen und pharmazeutischen Dienstes sowie eine schärfere Ueberwachung der Einhaltung der hygienischen Schutzbestimmungen für die Bergleute verlangt. Ein weiterer Beschluß setzt sich für eine beträchtliche Beschränkung der Heimarbeit im Bekleidungs-gewerbe ein. Eine große Debatte entspann sich über einen Bericht des Generalkrats über die Gewährung von Familienzulagen bzw. die Erweiterung der öffentlichen sozialen Dienste. In bezug auf die Wahl zwischen diesen beiden Formen der Unterstützung für das Kind war der Kongress tief gespalten. Schließlich trugen die Gegner der Familienzulagen mit 2 154 000 gegen 1 347 000 Stimmen den Sieg davon, d. h. die Entschließung zugunsten des Ausbaues der sozialen Dienstzweige wurde angenommen.

Änderungen des Verbandstatuts.

Beschlossen auf der 27. Generalversammlung.

§ 3.

In Ziffer 5 ist statt „sechs Wochen“ „sechs Monate“ zu setzen.

§ 4.

Ziffer 2. Die in der früheren Organisation geleisteten Beiträge abzüglich der Extra- und Lokalbeiträge werden bei Berechnung der Unterstüßungen angerechnet. Invalide, Kranke, arbeitslose oder an einer Arbeitseinstellung beteiligte Mitglieder sind vom Uebertritt ausgeschlossen. (Siehe Richtlinien über einheitliche Uebertrittsbestimmungen des DGB.)

§ 6.

Ziffer 1. Der Ausschluß eines Mitgliedes kann erfolgen auf Antrag einer Ortsverwaltung, Zahlstellenversammlung, Geschäftsstellenleitung, Geschäftsstellenkonferenz, Bezirksleitung oder Bezirkskonferenz, wenn es die Interessen und das Ansehen des Verbandes gefährdet hat und sich beharrlich weigert, den von den zuständigen Verbandsstellen gefaßten Beschlüssen nachzukommen. In der Regel sind dem auszuschließenden Mitgliede die Gründe vorher schriftlich mitzuteilen.

Den Ausschluß kann nur der Vorstand vollziehen. Gegen den Ausschluß kann gemäß § 36 Ziffer 3 Beschwerde eingelegt werden.

Ziffer 2. Ein Antrag auf Ausschluß eines Mitgliedes gilt in der Zahlstellenversammlung als angenommen, wenn zwei Drittel der anwesenden Mitglieder dafür stimmen.

Ziffer 3. Ist der Ausschlußantrag nicht von der Ortsverwaltung oder Zahlstellenversammlung der Zahlstelle, der das Mitglied angehört, gestellt, dann ist der Antrag in der Regel nebst Begründung der Zahlstelle zur Gegenüberstellung zuzustellen.

Ziffer 4. Bei Verstößen gegen die Verbandsdisziplin oder Generalversammlungsbeschlüsse kann der Vorstand den Ausschluß ohne Beachtung der Ziffern 1 bis 3 sowie des § 7 vollziehen.

Ziffer 5. Jeder Ausschlußantrag ist zu begründen, auch sind die Beweismittel genau zu bezeichnen. Vorstand oder Bezirksleitung, denen der Antrag auf Ausschluß eingereicht ist, haben in der Regel innerhalb zwei Wochen zu entscheiden, ob das Ausschlußverfahren eingeleitet werden soll.

Ziffer 6. Einem Ausschluß aus dem Verbande steht die Ungültigkeitserklärung der Aufnahme von Personen gleich, die

aus dem Verbande ausgeschlossen waren und ohne Wissen und Willen des Vorstandes wieder aufgenommen wurden.

Ziffer 7. Ausgeschlossene können ihre Wiederaufnahme jederzeit beim Vorstand beantragen, wenn neue Tatsachen angeführt werden, die geeignet sind, eine andere Entscheidung herbeizuführen. Wird der Ausschluß nach Anhörung der Zahlstellenversammlung für ungültig erklärt, dann hat das Mitglied die rückständigen Beiträge zu zahlen und treten die alten Rechte wieder in Kraft.

Ziffer 8. Während der Dauer des Ausschlußverfahrens ruhen sämtliche Rechte und Pflichten der Mitglieder.

§ 7.

Ziffer 2. Buchstabe d: Amtsenthebung bis zu einem Jahre; bisheriger Buchstabe d wird e.

Ziffer 2 letzter Satz: Der Antrag auf Ausschluß ist mit der Begründung und dem dazu gehörigen Material dem Vorstand zur endgültigen Entscheidung zuzufenden. Der Vorstand hat jedoch das Recht, die Beschlüsse des Untersuchungsausschusses aufzuheben und anders zu entscheiden. Gegen die Entscheidung des Vorstandes ist nach § 36 Ziffer 3 Beschwerde zulässig.

§ 9.

Ziffer 3. Invalide Mitglieder zahlen ihrem Einkommen entsprechend einen Wochenbeitrag von 10 bis 40 Pf. ausschließlich Lokalschlag.

In Ziffer 4 ist in der vorletzten Zeile an Stelle des Wortes „Lohn“ das Wort „Einkommen“ zu setzen.

§ 10.

Ziffer 2. In allen Bezirken wird ein Bezirksbeitrag von mindestens 10 Pf. pro Woche erhoben. Invaliden und Mitglieder nach § 19 Ziffer 3 zahlen mindestens 5 Pf. Die Erhebung eines höheren Bezirksbeitrages unterliegt der Zustimmung des Vorstandes.

Ziffer 3 erhält am Schluß folgende Fassung: „entscheiden diese unter Berücksichtigung der §§ 41 und 45 selbständig“.

§ 14.

In Ziffer 8 wird im ersten Satz dritte Zeile hinter dem Wort „Verbandes“ folgendes eingefügt: „und dürfen auch nicht länger als ein Jahr in einem anderen Berufe beschäftigt“.

Ziffer 8 erhält folgenden Zusatz: „(Siehe jedoch § 37 Ziffer 3.)“

§ 15.

Ziffer 6. Für Unterstützungsfälle, die länger als 52 Wochen zurückliegen, wird Unterstützung nicht gezahlt.

§ 18.

Ziffer 3. Wer vor der Erfüllung der einjährigen Mitgliedschaft erwerbslos wird, seine Beiträge voll zahlte und bei Vollendung der 52. Mitgliedswoche noch erwerbslos ist, bekommt die Unterstützung vom Beginn der 53. Woche.

§ 19.

Ziffer 2 erhält folgende Fassung: „Die Mitgliedszeit wird bei Beginn jeder laufenden Unterstützung berechnet. Während des Bezuges der Unterstützung rückt niemand in höhere Staffeln auf.“

§ 20.

In der achten Zeile sind hinter dem Wort „Invalidenbeiträge“ die Worte „und Ausgesteuertenbeiträge“ einzufügen.

§ 21.

Ziffer 2 soll lauten: „In den Verbandsbüros und Arbeitersekretariaten kann den Mitgliedern sowie den Witwen und minderjährigen Waisen verstorbener Mitglieder Rechtsauskunft“ usw.

§ 22.

Ziffer 10 erhält folgenden neuen Absatz: „Dauert ein Streit länger als sechs Wochen, so kann der Vorstand den Zuschuß von der folgenden Woche ab um 100 Prozent erhöhen.“

§ 29.

Ziffer 1. Mitglieder, die gemahregelt oder unverschuldet arbeitslos werden und an ihrem Wohnort keine Arbeit finden, können, wenn sie an einem anderen Ort Arbeit aufnehmen, eine Beihilfe zum Umzug aus der Verbandskasse erhalten, wenn der Umzug innerhalb 78 Wochen nach der Entlassung erfolgt.

Bei freiwilliger Arbeitsniederlegung oder verschuldeter Arbeitslosigkeit wird keine Umzugsbeihilfe gewährt.

Die Umzugsbeihilfe kann innerhalb drei Jahren nur einmal bezogen werden.

Ziffer 5 soll lauten: „Sobald ein Mitglied, das nach Ziffer 1 Anspruch auf Umzugsbeihilfe hat, weiß, wohin es verzieht, hat es den Antrag auf Gewährung der Umzugsbeihilfe bei der zuständigen Ortsverwaltung zu stellen. Anträge, die der Ortsverwaltung vor dem Wegzug nicht unterbreitet oder später als drei Wochen nach erfolgtem Umzug gestellt werden, können nicht berücksichtigt werden.“

§ 30.

Ziffer 2. Im ersten Satz werden die Worte „kurzer“ und „innerhalb vier Wochen“ gestrichen, im letzten Satz hinter „52 Wochen“ die Worte „infolge Arbeitslosigkeit“ eingefügt.

Dieselmotor-Lokomotiven im Kohlenbergbau.

In zwei der Nationalisierung gewidmeten Entschliessungen setzte sich der Kongress für die Entschädigung der Opfer der Nationalisierung ein, ferner sprach er sich gegen die unwirtschaftlichen Formen der Nationalisierung aus.

Die Bergarbeiterföderation richtete einen Appell an den Internationalen Gewerkschaftsbund zugunsten einer internationalen Politik der Verständigung zum Zwecke der Reorganisation der Kohlenindustrie und des Schutzes der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bergleute aller Länder.

Auf dem Gebiete der Arbeitszeitfrage lagen acht Anträge vor. Sechs dieser Entschliessungen wurden zu einer einzigen vereinigt, die beiden anderen wurden dem Kongress gesondert unterbreitet. Die Sammelentschliessung wurde nahezu einstimmig angenommen. Sie spricht sich für eine normale 44-Stundenwoche für Arbeiten über Tage aus (wobei die Mahlzeiten inbegriffen sein sollen), ferner für eine Sechsstundenschicht für Schichtarbeiter und Arbeiter kontinuierlicher Betriebe. Mit der Arbeitszeitverkürzung sollen Lohnerhöhungen Hand in Hand gehen, so daß wenigstens das gegenwärtige Niveau der Lebenshaltung aufrechterhalten bleibt.

Eine Entschliessung zugunsten eines gesetzlichen Achtstundentages für Ladenangestellte sowie die bei der Heizung und mit dem Reinmachen der Arbeitsstätten usw. beschäftigten Arbeiter und Angestellten wurde einstimmig angenommen. Schließlich beschloß der Kongress, den Beitrag um 3 Pence auf 2 Pence je Jahr und Mitglied herabzusetzen. (Diese Maßnahme wurde ausschließlich deshalb getroffen, weil für den „Daily Herald“, dessen Lage sich nach der Ueberführung in eine neue Form wesentlich gebessert hat, keine Unterstüßungen mehr nötig sind.)

An Hand dieses zusammengefaßten Berichts kann man ermessen, welche ungeheure Arbeit der Kongress in einer kurzen Woche geleistet hat. Allgemeiner Schluß: ein guter Kongress, eine solide gewerkschaftliche Organisation, ein Gewinn an gewerkschaftlicher Kraft und Energie!

Seit mehreren Monaten geht die Zulassung von Dieselmotor-Lokomotiven in den Oberbergamtsbezirken Dortmund und Bonn vor sich. Zur Information der Nichtfachleute im Motorwesen müssen wir folgendes vorbemerkend: Der Dieselmotor unterscheidet sich vom Benzolmotor dadurch, daß er, statt mit Benzol, mit schwer entzündlichem Del betrieben wird. Das Del wird ebenso wie beim Benzolmotor in den Zylinder hineingestäubt. Die Entzündung erfolgt aber nicht durch elektrische Funken, sondern durch Kompression.

In einer Sitzung der Gruben sicherheits-Bezirkskommission Dortmund im März d. J. informierte das Oberbergamt über die Zulassung dieser Lokomotiven. Auch wurden vom Oberbergamt gleichzeitig Bedenken geäußert gegen die Absperrgase, die dichter und unangenehmer sind als die der Benzol Lokomotiven. Gleichzeitig wurden Bedenken geäußert gegen die Aufbewahrung größerer Rohöl mengen unter Tage. Dieser Bedenken wegen sollte die Diesellokomotive nur zur Erprobung zugelassen werden und nur als Ersatz für Benzol- und elektrische Bahndiesellokomotiven im Ausziehstrom. Dagegen sollte die Zulassung im Einziehstrom nur von Fall zu Fall und als Behelf in Betracht kommen.

Einer Anregung unserer Abteilung für Grubensicherheit zufolge veranstaltete die Ruhrbezirksleitung eine Umfrage bei unseren Betriebsräten im rheinisch-westfälischen Bergbauegebiet. Nach den Berichten der Betriebsräte sind im Oberbergamtsbezirk Dortmund auf 14 Gruben 34 Diesellokomotiven vorhanden, davon 2 augenblicklich außer Betrieb. Es sind folgende Gruben:

Grube	Zahl Lokomotiven	Bemerkungen
Wider	2	(im ausziehenden Wetterstrom)
Dahlhausen	2	(„ einziehenden „)
Herbeder Steinkohlenbergbau	3	(„ ausziehenden „)
Gottfried Wilhelm	1	(„ ausziehenden „)
Rörtingshepen	2	(„ einziehenden „)
Sätzer und Neudorf	4	(„ einziehenden „)
Waltrop 1-2	3	(„ einziehenden „)
Klosterbusch	1	(„ einziehenden „)
Karl Funke	2	(„ einziehenden „)
Neuföhn	5	(im einziehenden „)
General Blumenthal	2	(1 im einziehenden und 1 im ausziehenden Wetterstrom)
Mansfeld 5	3	(im ausziehenden Wetterstrom)
Honnover 3-4-6	3	(1 im einziehenden und 1 im ausziehenden Wetterstrom, 1 außer Betrieb)

In dem zum Oberbergamtsbezirk Bonn gehörenden linksrheinischen Gebiet laufen diese Lokomotiven:

Grube	Zahl Lokomotiven	Bemerkungen
Rheinpreußen	4	(im einziehenden Wetterstrom)
Niederrheinische Bergw.-AG.	1	(„ einziehenden „)
Friedrich Heinrich	1	(„ ausziehenden „)

bis fünfzehn Tage dauern können und dann schnell zusammenbrechen müssen. Sie irrten sich.

Darauf schlugen die Arbeitgeber vor, die „Treuprämie“ solle „Ausdauerprämie“ genannt werden, weil das Wort „Treue“ zu sehr an hündische Eigenschaften erinnere, und eine aus Arbeitgeber und -nehmern zusammengesetzte Kommission solle unter Vorbehalt eines Arbeitsinspektors eventuelle Arbeitskonflikte regeln.

Wiederum lehnten die Arbeiter ab, da die „Treuprämie“ unter anderem Namen immer noch aufrechterhalten wurde. So schritten die Arbeitgeber zu der Konzeption, die „Treuprämie“ nicht nur automatisch (und nicht lediglich auf besonderes Verhalten) auszahlen zu wollen, sondern sie auch dann anzuerkennen, wenn gestreikt wurde. Dadurch hatten die Arbeitgeber das Streikrecht anerkannt.

Aber auch hiermit begnügten sich die Arbeiter nicht. Das ganze System der Treuprämie mußte geändert werden, und man verabredete schließlich nach sieben Wochen Streik: „Arbeiter

Zugegeben, daß sich aus einer solchen Umfrage vollkommene Ziffern nicht ergeben, so haben sie immerhin einen Beurteilungswert. Danach laufen im Oberbergamtsbezirk Dortmund im ausziehenden Strom nur 11, im einziehenden dagegen 21 Diesellokomotiven. Das Oberbergamt scheint danach von der Absicht, die Lokomotiven hauptsächlich im Ausziehstrom zuzulassen, sehr bedenklich abgewichen zu sein. Ohne Zweifel bieten diese Lokomotiven hinsichtlich Explosions- und Brandgefahr eine viel größere Sicherheit als die Benzol Lokomotiven. Wie es mit der anderen Gefahr, Verfeuchung der Grubenluft durch stinkende Absperrgase, steht, darüber lassen wir unsere Betriebsräte reden:

Ein Betriebsausschuß (Zeche mit zwei in Betrieb befindlichen Diesellokomotiven) berichtet: „Sofern die Maschinen und die mit Wasser gefüllten Absperrfilter instand gehalten werden, ist die Belästigung nicht sehr groß. Wiederholte Analysen haben eine besondere Gefährlichkeit der Absperrgase nicht ergeben. Durch Fortfall der Seilbahnen wurde die Unfallgefahr gemindert.“ Der Betriebsausschuß einer anderen Grube (mit einer Diesellokomotive) berichtet, daß Klagen noch nicht aufgetreten wären. Vier Betriebsausschüsse berichten, daß man noch kein abschließendes Urteil geben könne, weil die Lokomotiven noch nicht lange genug in Betrieb sind. „Doch“, so sagt einer, „Beklagen sich die Bedienungsmannschaften über starke Belästigung durch die Absperrgase“. Ein anderer von diesen vier klagt über starke Erschütterungen der Lokomotiven bei Leerlauf, worunter der Maschinenführer zu leiden hat. Alle anderen Betriebsausschüsse berichten über Verschlechterungen der Grubenluft und insbesondere über Belästigung der Bedienungsmannschaften durch die Absperrgase. Auf einer Zeche, die fünf Diesellokomotiven in Betrieb hält, sind zwei Vergiftungsfälle vorgekommen. Die Absperrgase wirken insbesondere, so sagen die Betriebsausschüsse, auf die Atmungsorgane und auf die Augen. In die Lufttröhre lege sich ein übler Delgeschmack. Vielfach treten Kopfschmerzen und Hustenreiz auf. In einem Falle habe der Betriebsausschuß gegen die Zulassung Einspruch erhoben, der jedoch übergegangen wurde. In einem anderen Falle habe man den Betriebsausschuß überhaupt nicht gefragt.

Die Bergbehörde mag aus diesen Berichten ihre Schlüsse ziehen. Unseren Kameraden wären wir dankbar für weitere aufklärende Zuschriften nicht nur aus dem Oberbergamtsbezirk Dortmund, sondern auch aus anderen Bergbaurevieren, wo man Diesellokomotiven einführt. Im Oberbergamtsbezirk Bonn scheint man für die Zulassung dieser Lokomotivarten überhaupt keine besonderen Grundfälle zu haben. Auch da mögen die Kameraden auf dem Posten sein, damit nicht neue Gesundheitsgefahren in den Bergbau hineingeschleppt werden.

Der große nordfranzösische Streit.

Paris, Mitte September.

Am 26. Dezember 1920 trennten sich Sozialisten und Kommunisten auf dem französischen sozialistischen Parteitag in der Stadt Tours, und ein Jahr später kam auch die Spaltung in den Gewerkschaften, so daß es in Frankreich noch heute einen sozialistischen und einen kommunistischen Gewerkschaftsbund gibt.

Seit jener Spaltung des Jahres 1921 brach jetzt der erste größere Streit aus, der schon allein infolge dieser Tatsache eine prinzipielle Bedeutung hatte.

Einen Monat und zwanzig Tage währte dieser Streit von über 100 000 Textil- und zu einem kleinen Teil auch der Metallindustrie in Nordfrankreich bei Lille, Roubaix und Tourcoing. Am Ende des Streiks waren immer noch 60 000 Arbeiter außerhalb der Fabriken. Wenn sich die Zahl der Streikenden im Laufe dieser sieben Wochen vermindert hat, so ist das vor allem darauf zurückzuführen, daß der Gewerkschaftsbund die Parole ausgegeben hatte, daß die Arbeiter in den Fabriken, deren Besitzer die Arbeiterforderungen bereits anerkannt hatten, die Arbeit wieder aufnehmen sollten. Der kommunistische Gewerkschaftsbund dagegen drängte zum Generalfstreik.

Am 1. Juli waren in Frankreich die Sozialversicherungen eingeführt worden, durch die die Arbeitgeber und -nehmer 4 Prozent des Lohnes in die Versicherungskasse zu zahlen haben, und so mußte sich da, wo ohnehin schon lange auf eine Lohn-erhöhung gewartet wurde, die Notwendigkeit einer Veränderung der Arbeitsbedingungen besonders fühlbar machen.

Die Arbeitgeber stimmten der Lohnerhöhung durchaus zu, aber unter Führung des Herrn Ley, des Diktators des französischen Textilkonzerns, regten sie an, daß die Auszahlung der Lohnerhöhung nur in Form einer „Treuprämie“ am Ende des Jahres für den Arbeiter stattfinden solle, der ohne Unterbrechung, also ohne auch nur einen Tag zu streiken und ohne an der Meißfeier teilzunehmen ein Jahr lang in derselben Fabrik verharre. Die Arbeitgeber sagten zur Begründung, das sei nur eine Vorsichtsmahnahme, damit die Arbeiter nicht bei dem in Frankreich herrschenden Arbeitermangel dauernd ohne Rücksicht auf die Produktion ihre Fabriken wechseln, und eine Maßnahme auch dagegen, daß sich die Arbeitgeber die Arbeiter gegenseitig ausmieten. „Wir wollen nicht die Opfer eurer Konkurrenz sein!“, erwiderten die Arbeiter und lehnten die „Treuprämie“ ab. Die Arbeitgeber dachten, der Streit würde höchstens zehn

Ziffer 5. Die Bezugsdauer der Erwerbslosenunterstützung darf die in Ziffer 10 vorgeschriebene Bezugszeit nicht überschreiten.

Ziffer 6. Ist die volle Erwerbslosenunterstützung bezogen, so müssen erst wieder 52 volle Wochenbeiträge entrichtet sein, ehe erneut Anrecht auf Unterstützung besteht.

Wird die Unterstützung in verschiedenen Zeiten der Erwerbslosigkeit bezogen, müssen die verschiedenen Wochen der Erwerbslosigkeit auf die neue Bezugszeit angerechnet werden.

Die zwischen der Dauer des Unterstützungsbezuges liegenden Arbeitswochen mit voller Beitragsleistung werden auf die neue Bezugszeit von 52 Wochen angerechnet.

Ziffer 9. Wird die Erwerbslosigkeit durch Arbeitslosigkeit hervorgerufen, beträgt die Unterstützung pro Woche bei einem Wochenbeitrag von

Erwerbslosenunterstützung	
0,20 M.	1,20 M.
0,30 M.	1,80 M.
0,40 M.	2,40 M.
0,50 M.	3,00 M.
0,60 M.	3,60 M.
0,70 M.	4,20 M.
0,80 M.	4,80 M.
0,90 M.	5,40 M.
1,00 M.	6,00 M.
1,10 M.	6,60 M.
1,20 M.	7,20 M.
1,30 M.	7,80 M.
1,40 M.	8,40 M.
1,50 M.	9,00 M.

Einige Tage werden entsprechend § 22 Ziffer 13 verrechnet.

Ziffer 11. Bei Erwerbslosigkeit infolge Arbeitslosigkeit kann nur dann zum zweiten Male Unterstützung gezahlt werden, wenn das ausgesagte Mitglied, nachdem es das erstmalig ausgezahlte war, erneut 52 volle Wochenbeiträge geleistet und in dieser Zeit 13 Wochen verdienungsspflichtige Arbeit verrichtet hat. Die bisherige Ziffer 11 wird Ziffer 12.

§ 31.

Ziffer 3. Kurzarbeit gilt als Erwerbslosigkeit und kann dem davon Betroffenen Erwerbslosenunterstützung gezahlt werden, wenn der Schichtverlust durch Kurzarbeit in zwei aufeinanderfolgenden Kalendermonaten sechs und mehr Arbeitstage beträgt. Die Zahlung der Kurzarbeiterunterstützung ist nach Erfüllung

der sechstägigen Wartezeit nur dann zulässig, wenn in den darauffolgenden Kalendermonaten mehr als drei Feiertagen je Monat eingelegt werden. Anspruch auf Unterstützung besteht weiter nur dann, wenn sich das Mitglied vom ersten Tage der Kurzarbeit an regelmäßig meldet.

Die nach § 31 gezahlte Kurzarbeiterunterstützung wird auf die nach § 30 zu zahlende Erwerbslosenunterstützung in Anrechnung gebracht.

§ 33.

Ziffer 2. Hinter dem ersten Satz wird folgendes eingefügt: „Wird jedoch nur ein Wahlvorschlag eingereicht, dann gelten die darin genannten Personen als gewählt.“

§ 37.

Ziffer 2. Verbandsangestellte können weder als Beisitzer des Vorstandes noch als Mitglieder des Beirats und des Kontrollausschusses gewählt werden. Die Beisitzer dürfen kein anderes Amt im Verband bekleiden.

Ziffer 3. Beisitzer, Mitglieder des Beirats, des Kontrollausschusses und der Ortsverwaltungen sowie Delegierte zur Generalversammlung und zu den Bezirkskonferenzen scheiden aus, wenn sie länger als ein Jahr in einem anderen Berufe tätig sind. Ausnahmen sind nur mit Zustimmung des Vorstandes zulässig. Beim Ausscheiden wird entweder der Stellvertreter berufen oder eine Neuwahl angeordnet.

§ 39.

Ziffer 2. Die Bezirksleitung besteht aus den besoldeten Bezirksleitern und wenigstens sechs Beisitzern, die aus den Reihen der Vertrauensleute und der Betriebsräte von der Bezirkskonferenz gewählt werden. Mindestens ein Drittel der Beisitzer muß aus den Reihen der Betriebsräte entnommen werden. Die Beisitzer scheiden alljährlich zur Hälfte aus.

Ziffer 3. Für die notwendigen Kassenrevisionen wählt die Bezirkskonferenz drei Revisoren. Diese haben jeden Monat wenigstens eine Prüfung der Bezirkskasse vorzunehmen und der Bezirksleitung Bericht zu erstatten. Die Wahlen bzw. Ersatzwahlen finden Anfang jedes Jahres statt. Das dem Vorstand ausführende Bestätigungsrecht gilt auch für diese Wahlen.

Ziffer 4. Wird das Amt eines Bezirksleiters frei oder macht sich in einem Bezirk die Anstellung etwaiger Hilfskräfte notwendig, so hat die Bezirksleitung dem Vorstand geeignete Vorschläge zu unterbreiten. Die Neuanstellungen haben in der Regel eine Probezeit von einem Jahre abzulegen. Für diese Zeit wird das Gehalt vom Vorstand festgesetzt. Während der

die während einer einjährigen Probezeit in die Fabrik eintreten, erhalten am Ende eines Jahres eine fünfprozentige Lohn-erhöhung. Wer mehr als ein Jahr in der Fabrik ist, erhält die Lohnerhöhung jede Woche ausbezahlt. „In dem Maße, in dem bei einem Streit gegen eine so mächtige Industrie ein Sieg überhaupt erreicht werden konnte, ist er erreicht worden“, sagte mir loben Leon Jouhaux, der Führer der französischen freien Gewerkschaften, darüber in Genf, als ich ihn nach seinem Eindruck von dem Resultat des Streiks fragte, und er fügte hinzu: „Wir haben durchgesetzt, daß die Arbeiter ihren Beitrag zu den Sozialversicherungen selbst zahlen und dazu instand gesetzt wurden, daß die Prämie nur bei einer einjährigen Probezeit in Anwendung kommt, daß sie in den Lohn einbezogen wird, daß die Arbeitgeber ihr Reglement aufheben mußten, daß sie gezwungen wurden, unser Streikrecht anzuerkennen und daß sie schließlich auch die Gewerkschaftsorganisation anerkennen mußten. Dieser Streit hat bestimmt mit einem Sieg unserer Arbeiterforderungen geendet.“ Kurt Lenz.

Probezeit besteht eine beiderseitige Kündigungsfrist von einem Monat.

Die Ziffern 4 und 5 werden 5 und 6.

§ 40. Ziffer 4 erhält folgende Fassung: „Der Bezirkskassierer hat mindestens halbjährlich der Hauptkasse einen Kassenbericht einzuwenden und am Jahreschluß der Bezirkskonferenz Bericht zu erstatten. Die Bezirksleitung und die Revisoren haben die Richtigkeit der Abrechnung zu bestätigen.“

§ 43. In Ziffer 3 wird hinter dem ersten Satz folgender Satz eingefügt: „Diese sind in einer Ortsverwaltungsitzung vorzubereiten.“

§ 44. Ziffer 5. Der erste Satz wird gestrichen und dafür folgendes eingefügt: „Die Ortsverwaltung wird alle zwei Jahre von den Mitgliedern gewählt. Die Wahl erfolgt im November oder Dezember des Jahres, in dem die Generalversammlung stattfindet.“

Ziffer 9 erhält folgenden Zusatz: „Die Auflösung hat den Verlust der Mitgliedschaft zur Folge. Der Vorstand ist jedoch berechtigt, Mitglieder, die die Bestimmungen des Statuts, die Generalversammlungsbeschlüsse und Anweisungen des Vorstandes befolgen wollen, unter Anrechnung der früher erworbenen Rechte wieder aufzunehmen.“

Ziffer 10. Nichtwiedergewählte, ihrer Funktion enthobene oder ausgeschlossene Funktionäre haben sämtliche Verbandswerte (Geld, Sparkastenbücher, Beitragsmarken, Verwaltungsmaerial usw.) an die zuständige Geschäfts- oder Bezirksleitung abzuliefern.

§ 45. Ziffer 2. Die örtlichen Extraeinnahmen (Lokalbeiträge, Kranzpende, Versammlungs- und Festüberträge sowie sonstige Nebeneinnahmen) fließen in die Lokal- oder Bezirkskasse und dürfen nur im Interesse des Verbandes verwandt werden. Die Bestände dieser Kasse sind ujm.

§ 48. Der Ziffer 1 wird angefügt: „(Siehe jedoch § 14 Ziffer 8 und § 37 Ziffer 3).“

Die Bestimmungen des § 22 Ziffer 10 und des § 31 sind durch die Generalversammlung sofort in Kraft gesetzt. Alle übrigen Änderungen gelten ab 1. Januar 1930. Die neuen Statuten werden den Zahlstellen rechtzeitig zur Verfügung gestellt.

HAUS UND LEBEN

Die Erde ist die Heimat des Menschen.

Ich saß mit den Nationalisten an einem Tische, und sie lobten und priesen das Land, worin sie geboren wurden. Und jeder nannte das Land, worin er geboren wurde, das schönste und allerherrlichste Land auf Erden. Und in jedem flammte die Liebe auf zu diesem Lande.

Doch da war einer unter ihnen, welcher sagte: „Das Land, worin ein Mensch geboren wurde, ist nur ein Bezirk der Heimat des Menschen. Denn die weite, große, wunderreiche Heimat des Menschen ist die Erde! Die Erde ist die Heimat des Menschen — mit weniger darf er sich nicht zufrieden geben, mit weniger wird er sich dereinst nicht zufrieden geben! Nicht sage das Blatt: „Der Zweig, an dem ich hänge, ist meine Heimat!“ Denn er gehört zum Baum! Nicht sage der Tropfen: „Der Eimer Wasser, worin ich lebe, ist meine Heimat!“ Denn er gehört zum Meere! Nicht sage die blaue Farbe: „Nur ich bin schön!“ Denn alle Farben sind schön! Jede auf ihre Art! Und so erkenne der Mensch: die Erde ist seine Heimat, die ganze, große Erde und nicht nur ein Teil von ihr! Von weither fließt der Strahl der Sonne auf die ganze Erde, von weither das Licht des Mondes auf die ganze Erde, von weither schimmern die Sterne der ganzen Erde! Die Winde überfahren Ost und West und Süd und Nord! Von weither kommen sie, um allen Menschen ihre Kraft zu bringen! Ein Luftmeer umflutet die Erde und gibt allen Menschen Lethen zu atmen! Darum soll der Mensch wachsen in seiner Seele, daß sie groß und weit werde und ihre Heimat erkenne, ihre große, herrliche, weite Heimat, die Erde!

Expansion der Seele — dies ein Wort, das Zukunft hat!
Geschlechter nach uns werden wissen und fühlen: die Erde ist die Heimat des Menschen! Die ganze Erde! Max Hayek.

Blindenberufe.

Ich biete einen Blick in das Seelenleben jener, die in ewiger Nacht wandeln. Zwar will ich nicht von dem Dunkel jenes Grauens sprechen, sondern ich spreche von den innerlichen Freuden jedes Blinden.

Ja, es sind die Freuden der Arbeit! Aus eigener Erfahrung habe ich feststellen müssen, daß sich mein innerliches Lustgefühl sehr verfeinert hat. Auch mein Gehör hat sich sehr verfeinert. Es ist wirklich ein wahres Wunder. Da ich Späterblinder bin, habe ich tatsächlich feststellen müssen, daß ich als Sehender damals nicht die Kraft und den Mut hatte, den ich als Blinder habe.

Nun möchte ich Sie einmal durch eine Blindenwerkstätte führen, wo fleißige Hände sich regen. Man hört tatsächlich nur fröhliche Stimmen. Fangen wir bei dem Stuhlflächler an. Ganz vergnügt sitzt er auf seinem Stuhl. Vor ihm ein einfaches Gestell. Auf diesem steht ein reparaturbedürftiger Stuhl. „Ja, es soll ein neuer Stuhl geflochten werden“, so spricht fröhlich der blinde Stuhlflächler. Im Nu zieht er seine Fäden Rohr, welches sorgfältig sortiert ist, an sich. Wenige kleine Holzstäbchen genügen, und die Arbeit nimmt ihren Anfang. Alle Sorgen sind dann auch vergessen. „Was nützt das Grübeln?“, sagt sich unser guter Freund. Ist die Arbeit dann vollbracht, wird Feierabend gemacht. Ei — wer arbeitet denn hier auf einem Schmelz so fleißig? Ein Korbflächler. Vor ihm ein langes Brett. Auf diesem eine kleine Drehscheibe, einige lange Weiden ranken sich empor. Auch hier sieht man, wie fleißige Hände sich links und rechts bewegen. Eifrig ist hier unser Freund dabei, einen Wack- oder Marktkorb zu arbeiten. Es sind weiße geschälte Weiden, die er dauernd naß haben muß, damit sie ihm beim Flechten nicht brechen. Hat er seine Arbeit vollendet, bewegt er sich munter und fröhlich im Freien. Eine gute Plastik macht ihm sehr viel Freude.

Beschaut euch nun in seiner Ecke einen singenden Bürstenmacher. Singend bewegt sich bei ihm die Arbeit. Seine Hölzer liegen neben ihm, eine Bankchere, Draht und noch vieles andere mehr. Ja, er will ja den Hausfrauen, den Bäckern, besonders auch den Anstreichern und allen anderen im Berufe ihrer Arbeit behilflich sein. Auch er darf dann nach Beendigung seiner Arbeit nach einige fröhliche Stunden im Freien oder am Rundfunk verleben.

Nun führe ich Sie in eine andere Abteilung, wo sich etwas anderes bewegt. Ja, wir sind hier in einer Strickmaschinenabteilung. Blinde Mädchen und Frauen freuen sich hier ihrer Arbeit. Sie stricken Strümpfe, häkeln Topflappen, stricken Kleider oder auch Decken, sogar Stückerien werden hier bei unseren Frauen und Mädchen gut und sauber gearbeitet, ebenso Wäscheleinen.

Was klingt aus dem Nebenzimmer so feierlich an unser zartes Ohr? Eine Musikabteilung läßt. Wie nett und reizend! Blinde Frauen, Mädchen und Männer erlernen das Klavier- oder Violinspiel. Lustig klingen Melodien aller Art. Feierlich ist, mit anzuhören. Sogar eine Sängerin, begleitet von ihrem Lehrer oder ihrer Lehrerin. In einer nebenanliegenden Werkstatt befinden sich arbeitende Klavierklimmer. Sie sind gerade im Begriff, einen Flügel und ein Klavier zu stimmen. So gehts auch bei ihnen Tag für Tag immer mit frischem, frohem Mut. So bewegen sich auch ihre innerlichen Freuden, und einer ermuntert den andern, sei es während der Arbeit oder in den freien Stunden, denn auch sie wollen sich der täglichen Arbeit und in den freien Stunden ihres Lebens freuen. „Freie Bahn dem Tüchtigen“, so denkt ein jeder von ihnen.

Im folgenden möchte ich etwas über den Lehranfang der ubengenannten Berufe der Werttagsblinden erzählen.

Wenn ein Früh- oder Späterblinder in die Lehre kommt, dann muß er, ebenso wie ein Sehender, sich vorher erst einmal einschließen haben, für welches Handwerk er überhaupt Interesse hat. Ist dies für einen Beruf vorhanden, so kann dann, wie gesagt, die Lehre beginnen. Will zum Beispiel der blinde Lehrling das Stuhlflächten erlernen, dann geschieht folgendes: Der schon selbständige Handwerker führt die beiden Hände des Lehrlings so geschickt und behutsam, daß der Lehrling sehr verständlich im Geiste mitarbeiten kann. Wenn ein Sehender diesen Lehranfang betrachtet, so wird er staunend dasitzen und sich fragen, wie dies möglich ist. Ja, bei uns Blinden ist schon mancher Beruf möglich gemacht worden, wenn es auch anfangs etwas schwer fiel. Die Hauptsache ist mir verlieren den Frohsinn nicht, wenn es auch manchmal schwer fällt. Hat der Lehr-

ling dann nach Jahren seine Lehrzeit um, wird er Geselle, dann sagt auch er sich wie jeder andere: „Ich hab's vollbracht!“ Und nun beginnt auch für ihn der Kampf um Brot und Leben.

Nun komme ich zu unseren geistigen Berufen. Auch hier entrollen sich verschiedene Szenen, worüber man in lebenden Kreisen auch sehr erstaunt ist. Talentvolle Musiker haben wir, Meister, die große Konzerte geben. Blinde schreiben auch Gedichte und Romane. Blinde Akademiker, Aerzte u. a. m. üben heute auch ihre Berufe täglich praktisch aus. In unseren Berufen fehlt es uns Blinden auch nicht an Schreibgelegenheit. Eine gute Blindenschreibmaschine, eine Blindenschreibtafel oder eine Schwarzschriftschreibmaschine steht uns zur Verfügung. Somit können wir auch jederzeit unsere geschäftlichen Arbeiten erledigen.

Nun werden Sie durch meine Darstellungen einen Blick in das Seelenleben jener bekommen haben, die in ewiger Nacht wandeln, aber Sie werden mit mir heute auch manche Freuden erlebt haben, Freuden, die manches Blindenherz erquickt.

Nun möchte ich noch ganz besonders einer sehr stillen Freude gedenken: von der liebevollen Hilfsbereitschaft der Menschen, die sich jedes Blinden annehmen und somit eine Gemeinschaft bilden, eine Gemeinschaft im Beruf und im Freien.

Dafür sind auch wir Blinde allen Mitmenschen, die es gut mit uns meinen, dankbar; und damit Ihr es nicht vergesst: wir stehn in Treue fest!
Friedrich Paga (blind), Bochum.

Zerstreuung.

Nach geheimer Lehre besteht der Mensch aus sieben Wesenteilen. Außer dem sichtbaren Körper hat er noch sechs unsichtbare Körper, die Träger seines Empfindungs-, Verstandes-, Gemüts- und Seelenlebens sind. Kurz: der Mensch ist eine äußerst komplizierte Angelegenheit, eine Maschine, ein Apparat von großer Feinheit und genialster Komposition. Da ist es also gar nicht verwunderlich, wenn in diesem verhältnismäßig kleinen und doch so grandiosen Komplex, der eine Welt in der Welt, ein Kosmos im Kosmos darstellt, gelegentlich kleine Verwirrungen entstehen, solcherart, daß die Verstandespartien mit den Empfindungspartien, oder die Willenspartien mit den Seelenpartien, oder die Träger des Bewußtseins mit den Gesetzen des physischen Körpers kollidieren, das heißt, daß der eine Teil anders will als der andere und der andere Teil anders als der eine. Wenn sich eine solche Verwirrung, ein solches Durcheinander in den vielen Wesenteilen des Menschen ereignet — nach Professor Freud hat der Mensch auch noch ein Ueber-Ich — dann entsteht vermutlich das, was wir „Zerstreuung“ nennen. Das Gegenteil also von Gesamtheit. Denn man kann mit seinem physischen, also sichtbaren Körper in Berlin Unter den Linden spazieren gehen — und zur gleichen Zeit mit seinem geistigen Wesenteil dem Bergkampf Schmeling-Charley im New Yorker Yankee-Stadion beiwohnen. Ja, dieses Beiwohnen kann sich so intensiv vollziehen, daß man plötzlich, in einer Anwandlung von Aggression gegen Charley, einen harmlosen Nebenmenschen, der seinerseits Unter den Linden spazierengeht, während sein geistiger Wesenteil bei seiner Geliebten in der Wilhelmstraße weilt, höchst unanständig anbrüllt. In der Zerstreuung. Man kann mit offenen Augen den Sinn für die Wirklichkeit verlieren. Man kann mit offenen Ohren nicht hören, daß ein Auto hinter einem her ist und der Lenker bereits trompetet, als ob er die Mauern von Jericho zu Falle bringen wolle, weil man eben im Geiste ganz woanders ist als der Chauffeur glaubt, oder weil einem ein reizendes Lied durch den Kopf geht, oder weil man die bezaubernde Schauspielerin noch nicht vergessen hat, die man gestern im Theater sah, oder weil einem die Stelle aufgekündigt wurde, oder weil man ein fabelhaftes Engagement erwirbt, oder weil man gerade einer epochalen Entdeckung auf der Spur ist. Denn der Mensch ist eben nur scheinbar dort, wo sich sein sichtbarer Körper befindet. Er ist in Wahrheit dort, wo sich sein unsichtbarer Komplex aufhält, wohin ihn Geist oder Phantasie oder Vorstellung verlegt haben.

Dies ein paar Worte zum Thema Zerstreuung.

Und nun ein paar Anekdoten, die das beweisen, die dazumachen sollen, was Zerstreuung ist. Denn Zerstreuung kann nicht besser interpretiert werden als durch Anekdoten, durch wahre Begebenheiten oder solche, die es sein können.

Professor Tiefinnig — Professoren sind die einzigen Menschen, die noch klassisch zerstreut zu sein verstehen — Professor Tiefinnig hat sich ein Auto gekauft (er bekam den Nobelpreis für Philosophie). Er hat auch eine schöne weite Garage gemietet. Eines Abends wird er, auf seinem „Lincoln“ heimkehrend, vom Schreck erfaßt: die Garage ist leer. Es ist absolut kein Wagen darin. Sein „Lincoln“ ist nirgendwo zu sehen.

„Himmel!“ schreit Professor Tiefinnig. „man hat mir meinen Wagen gestohlen!“ Er springt aus seinem „Lincoln“, läuft in die leere Garage und sucht des Diebes Spur.

Professor Hochflug — er trägt an der Technischen Hochschule über Aeronautik vor — hat einen neuen Fallschirm erfunden. Er setzt sich in ein Flugzeug, er steigt 1000 Meter hoch und springt ab.

200 Meter im Falle wird er sich einer Tatsache bewußt, die er unangenehm empfindet.

„Verdammt“, ruft er, wie er es oft gerufen hat, „jetzt habe ich meinen Fallschirm vergessen!“

Professor Kummervoll — sein Gebiet ist die Finanzwissenschaft — besucht die große Abendgesellschaft. Plötzlich greift er in die rechte Westentasche und sucht seine Uhr. Sie ist nicht darin.

„Zu schade!“ jault er, „nun habe ich wieder meine Taschenuhr zu Hause vergessen.“

Darauf greift er in die linke Westentasche, worin er die Uhr findet, herauszieht, nachsieht und sagt: „Na, zum Glück habe ich noch Zeit, um sie holen zu gehen!“

Die 39. Beitragswoche

läuft vom 21. bis zum 27. Sept. 1930

Die Kameraden wollen um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein!

Professor Lämmchen — seine Leidenschaft sind die Beben und Upanischaden — fiel auf einer Reise nach Indien — aus irgendeinem ozeanischen Gefühl heraus — über Bord und vergaß, daß er schwimmen konnte. Er wurde im letzten Augenblick gerettet, sonst wäre er ins Kamaloka eingegangen.

Wieder daheim, brannte er einmal ein Zündhölzchen an, um nachzusehen, ob er das elektrische Licht abgedreht hätte.

Er behielt das Ei in der Hand und warf die Uhr ins siedende Wasser, um sie weich zu kochen.

Er erwartete sich selbst 30 Minuten lang, weil er beim Fortgehen an seine Tür geschrieben hatte: „Komme in 30 Minuten wieder.“

Professor Blemplem — er lehrt Psychologie — traf mit der Doktorin zusammen, die einst seine Schülerin gewesen war. Er erkannte sie aber nicht. „Aber, Herr Professor“, zwitscherte die Dame, „erkennen Sie mich denn wirklich nicht mehr, erinnern Sie sich doch! Sie wollten mich doch einmal heiraten!“

Professor Blemplem sieht die Dame an, denkt nach und sagt endlich, wie in einem Traum verloren: „Nun, und habe ich Sie damals geheiratet?“

Professor Kohl — er trägt über Landwirtschaft vor — geht in den Ferien einmal übers Feld. Dabei kommt ihm eine Kuh, die von der Herde abtrieb, entgegen.

„Bardon, gnädige Frau!“ sagt Professor Kohl, sich devot verneigend, und geht dem Tiere sorgfältig aus dem Wege.

Etwas später kommt ihm eine Dame entgegen.

„Aus dem Weg, du Bieft!“ brüllt Professor Kohl und stößt die Dame zur Seite.

Professor Klampfleimer — er trägt über das Leben der alten Griechen vor — glaubt etwas für seine Gesundheit tun zu müssen. Er widmet sich dem Reitsport. Jeden Sonntag reitet er auf einem alten ehrwürdigen Klepper über Land.

Am letzten Sonntag geht er wieder in den Stall der Reitschule, worin seine Rejannte steht und will dem Gaul den Sattel auflegen. In seiner Zerstreuung hält er sich selbst für das Tier und bemüht sich, sich selbst zu fitteln. Er wollte sich allen Ernstes selbst besteigen. Der eintretende Reitlehrer machte ihn auf die Verwechslung aufmerksam. Sonst wäre Professor Klampfleimer auf sich selber ausgeritten. Maximilian.

Die Leichentrawane.

Wir befanden uns in den Bergen von Kurdistan. Auf einem kaum gangbaren Pfade mußten wir uns erst den Weg mit dem Beile bahnen. Erst nach einstündigem Wordingen verbesserte sich der Pfad. Er ging in Serpentinaen steil bergab. Langsam verschwanden die Berge. Die endlose Steppe wurde sichtbar. Endlich gegen Mittag gelangten wir auf die Karawanenstraße.

Wir waren dabei, zu rasten, als wir in südlicher Richtung eine Karawane erblickten. Wir hörten Gesänge und wildes Geschrei. Wild aussehende Männer mit entblößtem Oberkörper schwingen trumme Schwerter durch die Luft und brachten sich klaffende Wunden bei. Andere umtanzten mit wilder Gebärde die beladenen Tragtiere.

Sofort waren wir uns über die Art der Karawane klar. Es waren Hoffenverzehrer, welche auf dem Wege waren, die Leichen der als besonders heilig gehaltenen Kurden nach Kerbela, dem Wallfahrtsorte der Hoffenanhänger, zu bringen. Wochen, Monate hindurch durchqueren die Menschen die Wüste und Steppe. Die meisten erreichen die heilige Stätte nicht, sondern gehen an der Pest oder sonstigen Krankheiten zugrunde. Desto mehr aber werden diese gefeiert, welche lebendig Kerbela erreichen. Es werden dann fanatische Feste abgehalten. Die Menschenmenge lobt und zerfleischt sich, umtanzt das Grab, welches die Gebeine des schiitischen Märtyrers Hoffen birgt. Viele brechen an dem Grab bewußtlos zusammen, sterben und sind glücklich, ihren letzten Schlaf in Kerbela halten zu dürfen.

Die Karawane war schon ganz in unserer Nähe. Der Geruch der Leichen drang uns entgegen. Wir hatten keine Lust, die Bekanntheit der Fanatiker zu machen, bogen deshalb von der Karawanenstraße ab und gingen durch die leblose Steppe. Doch die Kurden hatten uns schon bemerkt. Mit gegogenen Schwertern kam die wilde Horde auf uns zu. Achmed, mein Begleiter und Dolmetscher, versuchte nun, die Kurden durch freundliches Benehmen abzumimmeln. Es gelang ihm nicht. Die Fanatiker bestanden darauf, nachdem Achmed diesen versichert hatte, ebenfalls ein Verehrer von Hoffen zu sein, die Wallfahrt mit ihnen nach Kerbela mitzumachen. Die Uebermacht war zu groß; es half nichts, wir mußten uns also vorerst in das Unvermeidliche fügen.

Die Kurden führten uns zu ihren mit Leichen beladenen Tragtieren. Langsam bewegte sich der Leichenzug durch den heißen Sand. Schon nach einer Stunde starb ein weißbärtiger Greis. Der Tote wurde in Teppiche gepackt und auf ein Tragtier verladen. Und weiter ging es durch die heiße Sonnenglut. Der Leichengeruch war kaum zu ertragen. Achmed holte aus meiner Reiseapotheke ein Paket Watte. Diese besuchtelten wir mit Alkohol und banden sie vor die Nase.

Endlich kam der Abend. Die Karawane lagerte. Die verpackten Leichen wurde in eine Mulde gelegt. Erst nach einem halbtündigen Lange um die Toten machten sich die Kurden daran, das Abendessen zuzubereiten.

Ich saß mit Achmed abseits und besprach mit ihm die Flucht. In keinem Falle wollte ich länger bei der Karawane bleiben. Wir hatten kaum den Tee getrunken — etwas zu essen war bei dem Leichengeruch ganz unmöglich — da begannen wieder die Tänze der Kurden um die Toten. Eine halbe Stunde währte das unheimliche Schauspiel — endlich geisterrichte Ruhe. Der Blick suchte durch die schwarze Nacht — Geier krächzten — Schatalk und Hyänen umschlichen heulend das Lager — die verpackten Leichen rochen immer noch mehr.

Die Wallfahrer waren eingeschlafen. Der heiße Tag — die Tänze — die brennenden Wunden — es war zu viel für die Fanatiker. Wir überzeugten uns von dem festen Schlaf der Kurden, bepackten unser Kamel und marschierten gleich darauf ab. Niemand bemerkte uns. Stramm ging es südwärts. Bald hatten wir das Lager der Kurden hinter uns. Immer wieder bohrten sich meine Augen in die dunkle Nacht und suchten den Platz der unheimlichen Karawane, bei der wir unfreiwillig einige Stunden verweilen mußten. Heinz Schäfer.

Material zum Preisproblem.

Das Durcheinander der Preisentwicklung ist nach wie vor vorhanden. Noch immer wird in der Öffentlichkeit sehr lebhaft über die Senkung der Preise getritten. Man darf dabei nicht verkennen, daß lediglich die Behandlung dieser Fragen, ohne daß man zu greifbaren Resultaten gelangt, auch unangenehme Nebenwirkungen mit sich bringt. Die Besteller schreien ihre Aufträge hinaus, weil sie auf eine weitere Senkung der Preise warten. Dadurch wird die Konjunktur künstlich gedrosselt. Die Preisbewegung ist in den letzten Jahren sehr ungleich verlaufen. Die sogenannten freien Preise (worunter man alle nicht durch Vereinbarungen gebundenen Preise versteht) fielen seit Mitte 1928 stark ab. Diese Entwicklung ist jetzt noch nicht abgeschlossen. Wesentlich verläuft die Preissturz der Rohstoffe und Konsumgüter, wobei die Preise der ausländischen Rohstoffe ins Gewicht fallen. In wesentlich schwächerem Maße bewegt sich die Industrie der vorwiegend auslandsbestimmten Preise nach unten. Wie außerordentlich unterschiedlich das Tempo der Abwärtsbewegung sich bewegt, wird durch nachstehende Zusammenstellung erläutert (in Prozent):

Indegruppen	Veränderung Juni 1930 gegen	
	Dezember 1929	Juni 1929
Agarstoffe	— 13,1	— 12,0
Kolonialwaren	—	— 6,9
Industrielle Rohstoffe und Halbwaren	— 5,8	— 7,2
Industrielle Fertigwaren	— 3,2	— 4,0
Produktionsmittel	— 0,9	— 0,1
Konsumgüter	— 4,6	— 6,4

Wie diese Zusammenstellung lehrt, wurden die Agrarstoffe am stärksten von Preisrückgängen betroffen, wesentlich weniger die industriellen Fertigwaren und am geringsten die Produktionsmittel. Aus dieser unterschiedlichen Entwicklung entstanden ungeheure Spannungen zwischen den einzelnen Preisgruppen. Wenn man die starren Preisreihen jeweils in ein Prozentverhältnis zu den beweglichen Preisen setzt, so ergibt sich nach Berechnungen der Berliner Handelsgesellschaft ein drastisches Bild von der Preispannenentwicklung der letzten Jahre:

Preispannenentwicklung 1927 bis 1930
(die ersten Gruppen jeweils gleich 100 gesetzt).

Zeit	Industrie-fertigwaren zu Agrar-waren	Konsumgüter-Fertigwaren zu Rohstoffen	Inlands-bekanntes zu auslands-bekanntem Preis	Geregelt zu freien Preisen
Januar 1927	99	—	96	98
Januar 1928	85	94	105	111
Januar 1929	83	88	98	97
Juli 1929	84	84	92	92
Januar 1930	77	78	—	86
Juli 1930	76	—	—	—

Rote Betriebswehren.

Zu den Richtlinien der KPD. über die Bildung Roter Betriebswehren geben wir nachstehend einen kleinen Ueberblick, damit unsere Kameraden auf diesen Dreh der KPD. etwas vorbereitet sind:

In der Einleitung wird gesagt, daß diese Roten Betriebswehren (RWB.) nötig werden, um gegen den „Werksschismus der Unternehmer“ und die „Streikbrechergarden der Faschisten, Christen und Sozialfaschisten“, die die Auslösung der betrieblichen Kämpfe bis zur Verhinderung stürzen, Front zu machen. Daher habe nicht nur die Partei, sondern auch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition die Pflicht, „in der Weiterentwicklung der Selbstinitiative der Massen die höchste Steigerung und Latenz zu entfalten“. Man müsse bereits in der Vorbereitung eines Wirtschaftskampfes die geeigneten Selbstschutzeorgane schaffen, dies können nur die Roten Betriebswehren sein, deren Funktion aber gegen „alle Feinde des Proletariats“ gerichtet sein müsse (also auch gegen die „Bürokraten“ der freien und christlichen Gewerkschaften, die ja von der KPD. vornehmlich des Streikbruchs beschuldigt werden).

„Jeder Arbeiter muß verstehen lernen: nur so kann die nationalfaschistische Bewegung von innen und außen zermürbt und geschwächt und allen Werksschispielen und Streikbruchgarden zum Trotz der Weg freigemacht werden zur siegreichen Abwehr und zum Angriff auf Unternehmertum und kapitalistischen Staatsapparat.“ Und wie üblich, heißt es auch bei diesen Organen:

„Die Bildung der Roten Betriebswehren muß auf breiterster Grundlage unter stärkster Einbeziehung von organisierten und unorganisierten, von sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern unter aktiver Mitwirkung der Parteizellen, der Roten Betriebsräte, der revolutionären Vertrauensleute, der Betriebsgruppen der KPD. und der proletarischen Selbstschutze- und Massenorganisationen durchgeführt werden. Selbstverständlich sollen auch auf diesem Gebiete die Erwerbslosen eng mit den Betriebsarbeitern zusammengeschlossen werden, damit die Erwerbslosen im Falle von Streiks oder sonstigen Aktionen für die Betriebe eingesetzt werden können und dazu eingepreist sind. Die Bildung von besonderen Roten Erwerbslosenwehren soll nicht unternommen werden. Dagegen werden bei allen Stempel- oder Zahlstellen Erwerbslosengruppen der Roten Betriebswehren gebildet. Die Erwerbslosengruppen der Roten Betriebswehren sind den Roten Betriebsräten anzugliedern und einzuordnen.“

Die RWB. werden dem schon bestehenden Apparat der Partei in den Betrieben eingefügt, das heißt der revolutionären Gewerkschaftsopposition im Betrieb unterstellt, die revolutionären Vertrauensleute sollen auch ihnen als Hilfsorgane dienen und die Betriebszelle der Partei soll für „gutes und reibungsloses Zusammenarbeiten aller dieser Organe“ sorgen.

Neu und interessant ist die Bestimmung, daß die Mitglieder der RWB. nicht in Namenslisten geführt werden sollen. Dies dürfte einmal geschehen, um bei eventuellem Eingreifen der Werkleitung dieser kein positives Material über die Teilnehmer der RWB. in die Hand zu geben, zum anderen soll diese Bestimmung denjenigen Arbeitern den Eintritt in die RWB. erleichtern, die sich den bei Führung von Namenslisten damit zusammenhängenden Gefahren nicht aussetzen würden. Daher heissen die Richtlinien, daß die RWB. lediglich organisatorisch zusammengehalten werden durch den einheitlichen, entschlossenen Kampfwillen gegen den Faschismus und die übrigen Klassenfeinde, und durch selbstlose, aktive, revolutionäre Arbeit als Führer.“

Demgegenüber werden dann die schon bestehenden antifaschistischen Organisationen „Organisationen mit einem starken politischen und organisatorischen Eigenleben, also Organisationen eines hohen revolutionären Typus“ genannt und auch in der kommenden Zeit diesbezüglich, das heißt in Richtung einer noch stärkeren militärischen Ausbildung entwickelt.

Die wichtigsten Aufgaben der RWB. werden dann durch folgende Sätze umrissen: „Sie arbeiten bereits im Vorberühung-

stadium des Kampfes einen genauen Plan für den Streikschuß der Arbeiter aus, teilen ihre Gruppen ein und machen die Mitglieder mit ihren Aufgaben vertraut. Dieser Plan muß für jedes Betriebsstor eine genügend starke Anzahl von Betriebswehrguppen als unmittelbaren Streikschuß und eine andere Anzahl als Reserve vorbehalten. Die Erfahrungen im Kampfe der Mansfelder Bergarbeiter und der Metallarbeiter im Ruhrgebiet geben eindeutig und klar diese Lehren.“

Aus dem Ruhrgebiet.

Belegschaftsabbau an der Ruhr.

Mängel und Mißstände bei den Stilllegungsverhandlungen.

In Nr. 12 der „Bergbau-Industrie“ vom 22. März d. J. schrieben wir in einem Artikel über die Betriebsstilllegungen und Massenentlassungen an der Ruhr u. a. folgendes: „Wenn es wahr ist, was uns der Wind zugeht, hat, dann sollen in diesem Jahre 50- bis 60 000 Bergarbeiter im Ruhrgebiet abgebaut werden.“

Diese unsere Mitteilung erregte damals in der Öffentlichkeit allgemeines Aufsehen und wurde von der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ als „übertrieben“ bezeichnet. Das Jahr 1930 ist noch nicht zu drei Vierteln verlossen und schon ist die damals von uns genannte Zahl bereits überholt. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß mit Ende dieses Jahres, wenn die Stilllegungen in dem Maße weiter fortschreiten, wie sie zur Zeit angezeigt sind, mindestens 100 000 Bergarbeiter an der Ruhr gegen das Vorjahr weniger vorhanden sein werden. Hat man sich solange mit Betriebsseinschränkungen und teilweisen Stilllegungen begnügt, will man jetzt zu gänzlichen Stilllegungen selbst rentabler Werke schreiten. Ueber die vollständige Stilllegung der Zeche Werné III ist bereits entschieden. Inzwischen haben die Ver. Stahlwerke beim Demobilisierungskommissar Anzeige auf gänzliche Stilllegung der Zeche Germania a mit gleichzeitiger Entlassung von 145 Arbeitnehmern gemeldet. Weitere größere Entlassungen sind zur Zeit angezeigt worden auf den Schächten der Gutehoffnungshütte mit 1200, Rheinpreußen mit 650, Welheim und Mathias Stinnes 3-4 mit je 500 Arbeitnehmern. Außer diesen großen Anzeigen laufen ständig noch kleinere Anzeigen. Dazwischen kommen auf den verschiedensten Zechen noch Kündigungen bis zu 49 Mann, wozu es keiner Anzeige bedarf. Gewöhnlich liest man nach Stattfinden einer Stilllegungsverhandlung in den Tageszeitungen, die Genehmigung zur Stilllegung seitens des Demobilisierungskommissars sei erteilt. Diese Auffassung ist grundsätzlich. Der Demobilisierungskommissar kann überhaupt keine Stilllegung genehmigen oder verbieten. Für die Unternehmer besteht nach der Stilllegungsverordnung nur die Pflicht, bei Stilllegungen, soweit dadurch Arbeitnehmer zur Entlassung kommen, der Demobilisierungsbehörde hiervon Anzeige zu erstatten. Vom Tage des Eingangs der Anzeige ab läuft eine vierwöchige Sperrfrist. Nur innerhalb dieser Zeit darf nicht stillgelegt werden, es dürfen auch keine Entlassungen erfolgen. Betriebsseinschränkungen oder sogenannte Belegschaftsverdünnungen, die keine Betriebsstilllegung zur Folge haben, fallen überhaupt nicht unter die Stilllegungsverordnung. Die Stilllegungsverordnung, von der mancher sich soviel verspricht, ist nur „weiße Salbe“, ein Mittel, das nicht schadet, aber auch nicht hilft. Sollen die Interessen der Arbeitnehmer bei Betriebsseinschränkungen und -stilllegungen

besser gewahrt werden, ist es notwendig, daß die Stilllegungsverordnung nach dieser Richtung reformiert wird.

Wir haben an dieser Stelle schon einmal kritisiert, daß das Oberbergamt, welches im Auftrage der Demobilisierungsbehörde die größeren Stilllegungsverhandlungen leitet, entgegen der früheren Gepflogenheit, wo die Verhandlungen im Konferenzsaal des Oberbergamts in Dortmund stattfanden, sie jetzt in den Räumen der in Frage kommenden Zechen abhält. Die Gründe, die das Oberbergamt hierfür angegeben hat, sind nicht stichhaltig. Die Unternehmer fühlen sich bei den Verhandlungen auf den Zechen als Herren im Hause und glauben, sehr oft auf gestellte Fragen und Anregungen seitens der Arbeitnehmer keine oder nur eine nichtssagende Antwort geben zu dürfen.

Bei der Stilllegungsverhandlung auf der Zeche König Ludwig wurden nicht einmal die Zechenräume zur Verfügung gestellt, sondern der Raum einer Regalbahn in einer Schenkwirtschaft schied den Unternehmern hierfür gut genug.

Am 17. September d. J. sollte auf Einladung des Oberbergamts über die Entlassung von je 500 Arbeitnehmern auf den Schachtanlagen Welheim und Mathias Stinnes 3-4 im Verwaltungsgebäude der Zeche Viktoria-Mathias in Essen verhandelt werden. Wegen dieser Maßnahme hatte sich unter den Belegschaften der beiden Schachtanlagen eine begriffliche Erregung bemächtigt, die noch von unverantwortlichen kommunistischen Hebern geführt wurde. In den Belegschaftsversammlungen, die hauptsächlich von Erwerbslosen und Betriebsfremden besucht waren, soll der Beschluß gefaßt worden sein, als Protest am 17. September die Arbeit ruhen zu lassen. Mit diesem Beschluß sollen sich auch Mitglieder des Betriebsrats einverstanden erklärt haben. Von der Zeche Welheim haben sich bei einer Belegschaft von rund 2000 Mann nur 58 und von Mathias Stinnes 3-4 bei einer Belegschaft von über 2200 Mann nur 32 Mann an dem Proteststreik beteiligt.

Kurz vor Beginn der Stilllegungsverhandlung wurden seitens der Verwaltung zwei Betriebsratsmitglieder von Mathias Stinnes 3-4 aus dem Sitzungssaal gerufen. Auf dem Korridor wurde ihnen dann mitgeteilt, daß sie fristlos entlassen seien. Gleichzeitig wurde ihnen das Wiederbetreten des Verhandlungsraumes untersagt, da sie nicht mehr zur Belegschaft gehörten. Zu Beginn der Verhandlung wurde sofort von dem Vertreter des Bergbauindustriearbeiterverbandes auf das provokatorische Vorgehen der Direktion hingewiesen und erklärt, daß nur der Verhandlungsleiter berechtigt sei, Feststellungen nach dieser Richtung zu treffen und unberechtigte Teilnehmer aus dem Saal zu verweisen. Als Protest gegen das anmaßende Verhalten der Zechenverwaltung würden sich sonst die Arbeitnehmer genötigt sehen, die Teilnahme an der Verhandlung abzulehnen. Diesen Ausführungen schlossen sich die Vertreter der ZFA, des christlichen Gewerkschaftsvereins sowie der Vorsitzende des Betriebsrats von Welheim an. Wir können nicht glauben, daß das Vorgehen der Zechenverwaltung in diesem Falle im Einverständnis des Generaldirektors Dr. Hold geschehen ist, vielmehr nehmen wir an, daß es nur auf den „Uebereifer“ seiner Affektoren zurückzuführen ist. Jedenfalls haben sie mit ihrer Leistung sich selbst einen Bärendienst erwiesen.

Dieser Vorgang, glauben wir, wird nun für das Oberbergamt endlich Anlaß sein, unserer Anregung zu folgen und die Verhandlungen nicht mehr auf den Zechen, sondern an einem neutralen Ort stattfinden zu lassen.

Bezirk Köln.

Der rheinische Braunkohlenbergbau.

Aus Kameradentreifen wird uns geschrieben:

Der Braunkohlenbergbau hatte im vergangenen Jahre eine gewaltige Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen, wie es am besten aus dem Bericht des Vereins für die Interessen der rheinischen Braunkohlenindustrie hervorgeht. Die Weltbraunkohlenförderung betrug hiernach 230,6 Mill. To. gegen 213,5 im Vorjahre. An dieser Steigerung war Europa mit 95,8 Prozent beteiligt, wovon auf Deutschland allein 79,4 Prozent entfielen. Der rheinische Braunkohlenbergbau hat eine Zunahme von rund 5 Mill. To. zu verzeichnen, und zwar wurden hier 53,1 gegenüber 48,1 Mill. To. im Vorjahre gefördert. Auch in der Bricketherstellung war eine Steigerung zu verzeichnen. Von der Mehrerzeugung an Bricketts entfielen auf Deutschland 2 111 000 To. An dieser Mehrerzeugung ist das rheinische Gebiet mit 1 064 000 To., also mit mehr als der Hälfte beteiligt. Die Mehrerzeugung beträgt für ganz Deutschland gegenüber dem Vorjahre 5,2 Prozent für das rheinische Gebiet aber 9,5 Prozent. Die Bricketherstellung betrug hier 12 245 432 To., im Jahre 1928 11 181 420 To. Es zeigt sich auch, daß die Entwicklung der Wärmetechnik Fortschritte gemacht hat, denn es wurden 1928 an blasfertigen Braunkohlenstaub 91 100 To., 1929 aber schon 168 900 To. verkauft.

Daß der technische Fortschritt und die Rationalisierung im rheinischen Braunkohlenrevier gewaltige Fortschritte gemacht haben, zeigt sich am besten aus der Belegschaftsentwicklung. Es waren im Jahre 1921 (Höchststand) 23 980 Arbeiter beschäftigt. Die Förderung betrug in diesem Jahre 34 110 000 To., 1929 aber waren nur noch 14 450 beschäftigt bei einer Produktion von 53 130 000 To. Durch die Produktionseinschränkung infolge der jetzigen Absatzkrise und die großen Entlassungen in letzter Zeit ging die Belegschaftsziffer noch mehr zurück.

Prüfen wir nun einmal die Frage, ob an diesem Aufsteigen der Wirtschaft auch die Arbeiterchaft einen dementsprechenden Anteil hatte. Der Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft stieg im Vergleich zu 1913 (= 100) auf 197,9 Prozent, die Leistung pro Mann und Schicht aber stieg auf 202,1 Prozent (Berechnung nach der Zeitschrift „Verband und Wirtschaft“). Diese Spanne wäre also nach auszugleichen. Es muß aber betont werden, daß im 1. Quartal 1929 das Mißverhältnis ein viel größeres gewesen ist, und zwar betrug hier die Lohnhöhe 187,4 Prozent (1913 = 100), der Schichtförderanteil aber 235,7 Prozent. Bei der auf Grund dieses Mißverhältnisses geforderten Lohnerhöhung stießen die Gewerkschaften auf den hartnäckigsten Widerstand der Arbeitgeber, aber trotzdem gelang es, eine Erhöhung der bestehenden Löhne um 6 Prozent und ab 1. Oktober d. J. um weitere 2 Prozent durchzusetzen. Dadurch wurde dieses Mißverhältnis etwas abgemildert. Nach wie vor aber besteht für die Braunkohlentumpels die Pflicht, sich durch die Stärkung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter einen verstärkten Einfluß auf die Lohnhöhe zu verschaffen.

In dem von uns erwähnten Bericht des Vereins für die Interessen der rheinischen Braunkohlenindustrie werden dann unter dem Titel: „Allgemeiner Rückblick“ die wirtschaftspolitischen Ziele und Forderungen der Unternehmer vorgetragen. Der ganze Artikel strotzt von Klagen über die zu hohe Belastung der Wirtschaft durch Steuern, Löhne und soziale Abgaben. So sieht der Bericht in der verfehlten Steuerpolitik „ein wesentliches Hindernis, welches der freien Entfaltung der Wirtschaft entgegensteht und ihre Kräfte aufzehrt“. Man weiß darauf hin,

Die Volksfürsorge und das Neuroder Grubenunglück.

Die furchtbare Katastrophe in der Wenzeslausgrube zu Neurode, bei der mehr als 150 Bergarbeiter ums Leben kamen, ist ein erschütternder Beweis dafür, daß man im Interesse seiner Angehörigen niemals genug Vorkehrungen treffen kann. Die Notwendigkeit eines guten Lebensversicherungsabschlusses wird bei einem solchen Massenunglück besonders klar erkannt. Nach vorläufigen Feststellungen gehörten von den Todesopfern der letzten Katastrophe 61 der Volksfürsorge an. Es sind Versicherungssummen in einer Gesamthöhe von rund 55 000 M. fällig geworden. Innerhalb 48 Stunden wurden bereits die ersten 28 000 M. ausgezahlt.

Im Rechnungsstellenbezirk Waldenburg der Volksfürsorge, zu dem auch das Neuroder Gebiet zählt, sind 17 Prozent der gesamten Bevölkerung bei der Volksfürsorge versichert. Der Prozentsatz steigt in einzelnen Orten bis zu 35 und mehr. Die Bewohner des schlesischen Bergbaureviere wissen den Wert einer Versicherung bei der Volksfürsorge wohl zu schätzen.



Ein Versicherungsschein der Volksfürsorge. Der Versicherungsschein der Volksfürsorge ist heute schon in weiten Kreisen des deutschen Volkes bekannt, denn die Volksfürsorge zählt gegenwärtig rund 2,1 Millionen Volks- und Lebensversicherungen mit über 850 Millionen Mark Versicherungssumme. Er sollte bald in allen Arbeiterfamilien zu finden sein!

daß andere Länder zu Steuerentlastungen übergegangen wären, die in erster Linie der Erzeugung zugute kommen. Die deutsche Wirtschaft aber habe unter allen Ländern nicht nur die höchsten Steuerlasten zu tragen, sondern leide auch am meisten unter dem Druck der veranlagten direkten Steuern; darum auch die Forderung der Arbeitgeber bei der Beratung der Finanzreform auf mögliche Entlastung der Wirtschaft.

Auch die Sozialpolitik, das Schmerzenskind der Industriellen, wird in dem Bericht einer scharfen Kritik unterzogen. So hat es ihnen die Arbeitslosenversicherung besonders angeht. Es wird darauf hingewiesen, daß 7 Prozent der Einwohner Deutschlands allein wegen Arbeitslosigkeit Unterstützung beziehen. Diese Tatsache bringe für den Reichshaushalt große Schwierigkeiten, was um so mehr zu Bedenken Anlaß gebe, weil das gegenwärtige Mißverhältnis von Ertrag und Belastung der Produktion die Möglichkeit nimmt, die Absatzbasis zu steigern und dadurch neue Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Darum seien die Spitzenorganisationen der Arbeitgeber bei den Auseinandersetzungen über die Reform der Arbeitslosenversicherung energisch dafür eingetreten, um „die finanziell und moralisch schädlichen Auswirkungen des heutigen Systems zu beseitigen“.

In der Lohnpolitik, so heißt es, habe sich nichts geändert, weil nach wie vor die rein wirtschaftlichen Gesichtspunkte hinter den parteipolitischen Zielen zurücktreten. Diese falsche Lohn- und Arbeitszeitpolitik hindere die Ausnutzung der Kapazität des Wirtschaftsapparates bedeutend. Dann heißt es in einer Mahnung an Arbeiter und Öffentlichkeit:

„Es liegt im wohlverstandenen Interesse des Unternehmers wie des Arbeiters, daß Staat und Parlament bei ihrer Einflußnahme auf die finanziellen und sozialen Fragen der deutschen Wirtschaft, namentlich auch auf dem Gebiete des Schlichtungswesens, größere Zurückhaltung üben und mehr als bisher die wirtschaftlichen Zusammenhänge beachten, die darin gipfeln, daß die Rentabilität Vorbedingung ist für die Erweiterung der Produktion, für die vermehrte Nachfrage für Arbeitskraft und die sich daraus ergebende Verbesserung des Lebensstandards der Arbeitnehmerschaft, während andererseits, wenn immer die Lohnherabsetzung an die erste Stelle tritt, die vorübergehende Verbesserung des Arbeitnehmers erkauft wird durch einen unfer gesamten Wirtschaftsleben vergiftenden fortschreitenden Beschäftigungsmangel.“

Also nur durch eine Erweiterung der Produktion kann die heutige Wirtschaftskrise behoben werden. Dieses aber wird durch die „hohen“ Löhne verhindert. Ist es nicht ein grober Unfuss, wenn man eine Ueberproduktion durch Erweiterung der Produktion beheben will? Alle Güter sind im Ueberfluß vorhanden, nur die geschwächte Kaufkraft hindert deren Zirkulation und Verbrauch, und eine solche Krise soll durch Lohnherabsetzungen — denn darauf zielt doch schließlich die „Mahnung“ der Arbeitgeber hin — behoben werden?

Als Antwort auf diese Katastrophenpolitik gibt es nur eins: Stärkung unseres Verbandes, damit die Bergarbeiter zu ihrem Recht kommen und die Krisenwirtschaft ein Ende findet. H. W.

Sachsen.

Die gute, alte, vergangene Zeit.

Oft hört man auch in Bergarbeiterkreisen noch den Ausspruch von der früheren guten Zeit. Was es aber mit dieser guten Zeit auf sich hat, wissen alle diejenigen, die das „Gute“ dieser Zeit am eigenen Leibe verspürten.

Wenn wir rund 50 Jahre zurückhauen, in eine Zeit, wo sich die sächsischen Berg- und Hüttenarbeiter unter schärfster Ausbeutung und unmenschlichster Behandlung ihren sächsischen Berg- und Hüttenarbeiterverband gründeten, so sehen wir auf vielen Gebieten eine grundlegende Wandlung zum Besseren.

Von Arbeitsrecht, nicht einmal im heutigen Sinne, fehlte jede Spur. Rechte hatten die Bergarbeiter nicht, dafür um so mehr Pflichten. Die Grundlage des Arbeitsverhältnisses in den Betrieben bildeten die berühmten Strafordnungen oder auch Ordnungsstrafentabellen. Diese waren natürlich einseitig erlassen und zeigten inhaltlich so recht die ganze Tragik der damaligen Zeit, so daß die Delegierten auf der ersten Tagung der sächsischen Berg- und Hüttenarbeiter wohl mit Recht sagten, daß es ein außerordentliches Glück für den Arbeiter sei, wenn ein Tag verginge, an dem er keine Strafe zu zahlen habe. Sieht doch eine derartige Strafentabelle nicht weniger als 55 Arten von Vergehen vor. Nur einige Beispiele zur besseren Illustration dieser Strafentabellen:

Achtungswidriges Betragen gegen Betriebsbeamte	1—3	Schichtlöhne
Nichtbeachtung gegebener Dienstinstruktion usw.	1—3	„
Verjämnis des Gebets und Verlesens bis Störung des Gebets, des Verlesens, der Ausöhnung	1	„
Nicht- oder nicht rechtzeitiges Erscheinen bei Feierlichkeiten (Sedanfeier u. a.), Begräbnissen, oder Erscheinen in vorschriftswidriger Kleidung ohne genügende Entschuldigung	1/2—2	„
Befahrung des Schachtes mit Bezahlstücken oder mit nicht an die Füße passendem Schuhwerke	1—3	„

usw. Sah es nach dieser Seite nicht gerade rosig aus, so war es auf dem Gebiete der sozialen Einrichtungen noch viel trostloser. Die Knappschaftskassen waren reine Unterdrückungs- und Almosenkassen, die dem alleinigen Einfluß der Grubengewaltigen unterstanden, trotzdem die Bergarbeiter ihren hohen Anteil zahlten. Auch hier wiesen die Delegierten in unzähligen einwandfreien Fällen nicht nur die ungerechte, sondern auch schikanöse Behandlung der Bergarbeiter nach. Doch hören wir nur einige Berichte:

In der Grube Vereinsglück verunglückte ein Arbeiter, weil er von dem Offizianten an einen gefährlichen Ort geschickt wurde. Er verlor beide Augen und verletzte sich die Kinnlade. Er erhielt — nichts.

Auf der Vaterlandsgrube verunglückte der Zimmerling Seidel und starb. Die Frau des Verunglückten erhielt — nichts! Auf ihre Vorstellungen wurde ihr geantwortet, man hätte keine Kassen für die Witwen und Waisen, es sei schon genug, wenn man einen Verunglückten anständig begrabe. Ihre späteren Beschwerden blieben erfolglos, es wurde ihr gesagt, man könne Weiber und Kinder nicht zur Faulenzerei erziehen.

Diese Berichte ließen sich beliebig vermehren. In der Alters- und Invalidenversicherung sah es genau so trostlos aus. Viele Vergleiche wurden bei heranrückendem Alter gemacht, oder einfach gekündigt, um die Pension einzusparen. Der Bericht sagt auch hier, um nur einen Fall anzuführen:

Auf dem Hedwigshacht wurde der Arbeiter Grummert, welcher 18 Jahre dort arbeitete, entlassen (es soll deshalb ge-

schehen sein, weil er am Knappgeh der Bergarbeiter teilnahm) und verlor somit auf die Knappschaftskasse jeden Anspruch. Es geschieht öfters, daß Arbeiter, welche lange Jahre hindurch gearbeitet haben, bei beginnendem Alter entlassen werden. Die Absicht ist, das Invalidengeld nicht zahlen zu müssen.

Bemerkt sei hier, daß die Ablegung der endgültigen Verlust der geringen knappschaftlichen Rente war.

Doch auch da, wo Invalidengeld gezahlt wurde, war dieses sehr gering. Doch lassen wir den Bericht folgen:

Aus Delsnitz (Karlschacht) wird berichtet: Ein Arbeiter feierte sein Jubiläum, ging in Pension und bekam 4 Thaler 20 Mkr. monatlich. — Das war fürstliche Belohnung!

Und Krankengeld — doch auch hier spricht der Bericht am besten für sich:

Der Krankenlohn wird ganz nach Willkür ausgezahlt. Ein Mann, welcher sich die Hand quetschte, erhielt nichts, weil er, so ließ sich das Direktorium aus, keine Kinder habe. Die Beitragspflicht beträgt jedoch 20 bis 24 Neugroschen monatlich.

Wie aber, wenn ein Arbeiter kranken wollte? Hier sagt der Bericht:

Wenn nun ein Arbeiter zum Gerichtsamtmann geht, um zu klagen, so weist ihn dieser an einen Advokaten, und dieser will, bevor ein Prozeß angestrengt wird, immer erst Geld sehen.

Die Bergarbeiterschaft war aber nicht nur rechtlos, sondern auch in jeder Beziehung noch machtlos. Charakteristisch ist hierfür der Bericht des Delegierten Weigel, der ausführte: „Ich wurde als Knappschaftsältester gewählt und wollte mit einem Freunde die Kasse revidieren, ich durfte es aber nicht. Der Direktor äußerte: „Ehe ich einem Arbeiter Recht gebe, verprozeßiere ich lieber 200 Taler.“ Aber, woher nimmt er dieses Geld? — Aus der Knappschaftskasse!“

Zeugen diese wenigen Ausschnitte etwa von einer guten, erstrebenswerten Zeit?

Und wie sah es in den übrigen Bergbaurevieren aus? Im Ruhrgebiet, Saargebiet, Mitteldeutschland, von Schlesien nicht zu reden, überall galt das Bürgerrecht der Arbeiter nichts, der Wille der Bergsgewaltigen alles.

Erst mit dem Verlauf der letzten Jahrzehnte konnte hier die Organisation der Bergarbeiter unter Mitwirkung der Sozialdemokratie die Dinge zum Besseren wenden. Ist die Aenderung dieser Zustände nicht eine Tat, die uns alle mit Stolz erfüllen muß? Sind die heutigen Verhältnisse und Zustände auf rechtlichem und sozialpolitischem Gebiet nicht wert, obwohl noch vieles zu ändern ist, daß wir sie gegenüber den Unternehmern und ihrem Lakaientrotz von Bundesgenossen verteidigen?

Soll aber die Hoffnung der Bergwerksbesitzer, die in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ vom 13. Juli d. J. schrieben: „Das Staatschiff ist ein klein wenig in die Richtung gedreht worden, in der es mit Vollampf voraus fahren mußte“, zuschanden werden, so müssen wir dafür sorgen, daß unser Verband zur Abwehr stark genug wird. Karl Matull.

Nus Mitteldeutschland.

Konferenz in Egelu.

Die Geschäftsstelle Egelu hielt am 7. September ihre Halbjahreskonferenz ab, die Zeugnis davon ablegte, daß die Bergarbeiter der Egelner Mulde entgegen den kommunistischen Behauptungen geschlossen zur Verbandsleitung stehen.

Eine besondere Note erhielt die Konferenz durch die Ehrung von 19 Jubilaren, die dem Verband 25 Jahre und darüber im Treue gedient haben. Am blumengeschmückten Tisch hatten diese Veteranen des Verbandes Platz genommen und verfolgten mit größtem Interesse den Verlauf der Verhandlungen.

Der Geschäftsführer, Kamerad Grimm, gab den Verwaltungsbericht und einen Rückblick über die Gestaltung der Wirtschaftslage im Bergbau. Zusammenfassend ist zu bemerken, daß die Wirtschaftslage unbefriedigend ist. Ueber 180 Bergarbeiter wurden in der Berichtszeit entlassen. Sie haben wenig Aussicht, in den Produktionsprozeß wieder eingereiht zu werden. Rationalisierungsmaßnahmen in Hadmersleben und die Stilllegung der Jakobgrube bei Preußisch-Börnecke sind sichtbare Zeichen kapitalistischer Wirtschaftsunsicherheit, die den Profit über alles stellt. Die Profitgier der Unternehmer hat es vermocht, daß z. B. die Geschäftsstelle Preußisch-Börnecke zum größten Teil aus Unterstümpfungsempfängern besteht. Trotz dieser widrigen Verhältnisse sind die Bergarbeiter zu 98 Prozent organisiert. Daß es möglich war, noch 62 Mitglieder dem Verband zuzuführen, ist der beste Beweis für das Vertrauen zur Organisation. Die Geschäftsstelle kann die stattliche Zahl von fast 2000 Mitgliedern nachweisen. Die Inanspruchnahme der Rechtshilfezeitung wächst in zunehmendem Maße; in 32 Fällen konnte für die Mitglieder und Invaliden eine Summe von fast 7000 M. sichergestellt werden.

Kamerad Benz aus Larthun, der zehn Jahre der kommunistischen Partei angehörte, kommunistischer Kreisabgeordneter war und vor kurzem seinen Austritt aus der K.P.D. erklärte, legte die Gründe dar, die ihn zwangen, dieser Partei den Rücken zu kehren. Es ist einfach ungeheuerlich, mit welchem Leichtsinne das Schicksal der Arbeiterschaft von den Kommunisten aufs Spiel gesetzt wird. Die Konferenz stand im Banne dieser furchtbaren Anklagen, und als Kamerad Benz aufforderte, es ihm nachzutun und für den Sieg der Sozialdemokraten einzutreten und zu wirken, erntete er brausenden Beifall.

Nachdem der Verwaltung Entlastung erteilt war, berichtete Kamerad Rosenthal über den Verbandstag in Breslau. Der Geschäftsführer sprach über Tariffragen und schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, zusammenzustehen wie bisher zum Wohle der Bergarbeiter.

Lothringen.

Sicherheitsmännerwahl im Lothringer Bergbau.

Die kommunistische Partei hat vor Jahren die französische und damit auch die Lothringer freie Bergarbeiterorganisation gespalten. In Lothringen wurde die ehemalige freie Gewerkschaftsbewegung vollständig zertrümmert. Es gab in den letzten Jahren nur noch kommunistische und christliche Gewerkschaften. Das Gros der Arbeiterschaft stand und steht noch heute unorganisiert in der Mitte. Selbst die verlockendsten Versprechungen und lungenkräftig vorgetragenen Verleumdungen der Moskauer Gewerkschaftsfiliale konnten den Lothringer Bergarbeiter von dem bolschewistischen Paradies nicht überzeugen. Behandlung und Arbeiterrechte in den Betrieben: nach de Wendelschen Methoden der Vorkriegszeit! Die Kommunisten finden keine Zeit, sich mit den Kapitalisten und den Betrieben zu beschäftigen. Ihre Hauptaufgabe ist, wie überall, der Kampf gegen die „Sozialfaschisten“. Doch die Moskauer Lügen sind keine Allheilmittel, auf die Dauer erkennt auch der Lothringer Bergmann, daß Stalins Paradies weit und de Wendels Hölle in der Nähe ist.

Am 31. August fand auf Grube Kleinrosseln die Wahl eines Sicherheitsmannes statt. Zum erstenmal seit Jahren hat sich auch der französische Bergarbeiterverband (CGT) an der Wahl beteiligt. Die Kommunisten hat der Spaltplatz in Linientreue und Rechtsoppositionelle getrennt. Der unabhängige Bergarbeiterverband (Christliche Richtung) freute sich bei der Spaltung der Revolutionäre, deren Erbe anzutreten.

Bei der ersten Wahl am 31. August erhielten Stimmen: CGTU. (Kommunisten) 80, Kommunistische Opposition 109, UGB. (Christliche) 119, CGT. (Amsterdamer Richtung) 52.

Von insgesamt 360 abgegebenen Stimmen erhielt die CGT. 52 Stimmen. Ein Beweis, daß auch die freien Gewerkschaften in dem von den Kommunisten und Christlichen beherrschten Gebiet wieder Anhang gewinnen.

Da keine der Gruppen die Mehrheit erhielt, fand am 7. September eine Nachwahl statt, bei welcher 528 Stimmen abgegeben wurden. Davon erhielten: die Christlichen 203, die Linientreuen 175, die Opposition 125 Stimmen. Der christliche Kandidat wurde Sicherheitsmann. Die CGT. hatte ihren Kandidaten im zweiten Wahlgang zurückgezogen.

Das Wahlergebnis zeigt auch hier wieder, daß die Moskauer die Wegebereiter der Christlichen sind. Hoffentlich erkennt das Lothringer Volk, daß nur die auf praktische Arbeit eingestellte Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung auch ihnen die Erlösung von der Diktatur der Lothringer Arbeitgeber bringt.

UNSERE TOTEN

Zahlstelle Ahlen I. Am 12. August verunglückte tödlich unser Kamerad Paul Korb. Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

Zahlstelle Gladbeck II. Unser zweiter Vertrauensmann Josef Erwig wurde im besten Mannesalter vom Tode überrascht. Wir haben in ihm einen Kämpfer vom alten Schlage verloren. 33 Jahre gehörte er unserem Verbands an und hat an wirksamer Stelle mitgeholfen, denselben auf die heutige Höhe zu bringen. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten!

Zahlstelle Goslar. Zwei treue Kämpfer sind uns wieder durch den Tod entrissen worden, und zwar die Kameraden Albert Schmidt, 68 Jahre alt, und Wilhelm Ughn, 67 Jahre alt. Beide standen schon bei Gründung unserer Zahlstelle mit in der Front und haben treu für unsere Sache mitgewirkt. Wir werden ihrer noch lange gedenken!

Zahlstelle Lauenstein. Am 13. September starb nach schwerem Leiden unser lieber Verbandskamerad August Gallig. Er gehörte seit dem 28. Januar 1923 dem Verbands an. Wir verlieren in ihm einen ziel- und pflichtbewußten Kameraden, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren werden!

Zahlstelle Möllersgrund. Am 30. August verloren wir durch tödlichen Unfall mit dem Motorrad unseren Kameraden Karl Eyring. Er war stets ein treues Mitglied und allen ein Vorbild. Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle Oberlungwiz. Am 23. August ist unser Kamerad Gustav Gutschick im Alter von 55 Jahren gestorben. Er war uns immer ein Berater. Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle Weilsberga. Nach langem und schwerem Leiden wurde unser treuer Kamerad Louis Schmidt am 12. August im Alter von 54 Jahren durch den Tod dahingerafft. Sein ganzes Leben hat er der Arbeiterbewegung gewidmet. Er führte lange Jahre den Vorsitz des hiesigen Gemeinderates, wo er stets als treuer Kämpfer ein leuchtendes Beispiel von Pflichterfüllung gegeben hat. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Zahlstelle Wimmelburg. Am 28. August starb unser früherer Vertrauensmann Robert Zimmer im Alter von 72 Jahren. Er war einer von denen, die 1909 unsere Zahlstelle gründeten. Nun haben wir ihn zur letzten Ruhe begleitet. Wir wollen hoffen, daß seine Saat Früchte trage und die Zahlstelle weiter blühe. Wir werden seiner in Ehren gedenken!

Zahlstelle Wintersdorf (Bezirk Zeitz). Nach langem Leiden starb am 14. September unser Mitglied Hermann Nötlich im Alter von 66 Jahren. Er gehörte dem Verbands seit dem 10. März 1908 an und war stets ein Mitkämpfer unserer Bewegung. — Unser Jungkamerad Herbert Neumeister mußte nach schwerem Leiden durch den Tod von uns scheiden. Er erreichte nur ein Alter von 19 Jahren. Seit dem 27. November 1927 gehörte er unserem Verbands an. Trotz seiner Jugend war er ein guter Agitator und ein Kämpfer für die Arbeiterbewegung. Beiden Kameraden bewahrt die Zahlstelle ein ehrendes Andenken!

Zahlstelle Witten. Am 20. August starb infolge Herzschwäche unser langjähriges Mitglied und Jubilar Gustav Hölberg. Als das System der Sicherheitsmänner aufkam, wählten ihn die Kameraden als Sicherheitsmann. 1913 wurde er zum Vertrauensmann der Zahlstelle gewählt, nachdem er vorher zweiter Vertrauensmann war. Nachdem er 15 Jahre als Vertrauensmann fungiert hatte, wurde er 1928 zum Zahlstellenkassierer gewählt. Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren!

Verbandsnachrichten

Wichtig! Warnung vor Schwindlern!

1. Wilhelm Müller, geboren am 28. Oktober 1903, hat sich in verschiedenen Bezirken dadurch Unterstützung erschwindelt, daß er aus seinem Mitgliedsbuch Blätter entfernte, auf denen bereits gezahlte Unterstützung eingetragen war. Er hat noch eine Bescheinigung von der Geschäftsstelle Gießen, die vom Kameraden Sochem unterschrieben ist, daß sein Mitgliedsbuch an die Hauptverwaltung eingeschickt sei. Wir ersuchen, ihm diese Bescheinigung abzunehmen und ihm unter keinen Umständen Geld ausbezahlen.

2. Ludger Schlotjunker hat jetzt eine längere Strafe wegen Schmutzgelei im Gefängnis in Amberg (Bayern) verbüßt. Er gibt nun an, diese Gefängnisstrafe habe er wegen seiner Tätigkeit für den Verband erhalten. Außerdem hat er in der Zahlstelle Schilda mit Schreibmaschine angefertigte Schreiben vorgelegt, auf denen die Unterschrift des Kameraden Hufemann gefälscht ist. Er hat schon in mehreren Zahlstellen auf Grund dieser gefälschten Schreiben sich Geld erschwindelt. Wir ersuchen, ihm diese Schreiben und, falls er ein Mitgliedsbuch vorzeigt, auch dieses abzunehmen und ihm unter keinen Umständen Geld ausbezahlen.

Büchervervision.

Holsterhausen bei Dorsten. Vom 22. September bis 4. Oktober. Bücher bereit halten!

Adressenveränderungen.

Herten. Der Kassierer wohnt jetzt Herten, Auguststraße 44.

Unter Tage
ein guter Begleiter ist
der würdige und billige

GEG

Kautabak

aus reinem Kentucky
mit feinsten Zutaten
in 8 Hon Stangen
Bündeln und
Hufeisenform

nur im Konsumverein

Billige böhmische Bettfedern

Beste deutsche Bezugsquelle

BLAHUT

Rudolf Blahut

Erstes Bettfedern-Großhaus
Beschleunig 51/1 Röhmerwald

Seit 75 Jahren

Gebrüder Hoyer

bestellere ich Baruta-
u. Vereinsmusik mit
erklass. Instrumenten
u. Saiten. Werden auch
Sie mein Kunde. Katalo-
g frei. Teilzahlungen.
O. A. Wunderlich,
Sachsenstr. 11/12

Sberstische Bettfedern-
Fabrik Paul Hoyer, Delitzsch 79
Prov. Sachsen, Angerstraße 4
sendet Ihnen nur allerbeste,
streng feinste Qualitäten
Bettfedern bedeutend billiger zu Fabrikpreisen
Fernor prima Bettfedern.
Prüfen Sie selbst u. verlangen Sie Prob.
und Preisliste unsonst und portofrei.

50000 neue Musikfreunde
wurden allein seit 1924 von uns zur Zufriedenheit beliefert
20000 Dankschreiben rühmten die Qualität und die niedrigen Preise.
Gibt es bessere Beweise unserer Leistungsfähigkeit?

Meinel & Herold, Klingenthal Nr. 148
MUSIKINSTRUMENTEN-SPRECHAPPARATE-FABRIK
Klingenthal, Sieboldstr. 148

Billige böhmische Bettfedern

Nur reine gut füllende Sorten.

1 Mio graue geschliffene,
2 Mio. halbweiße 4.,
3 Mio. weiße 5., bessere 6., 7.,
4 Mio. baumwollene 8., 10.,
5 Mio. beste Sorte 12., 14., 15.

Ungechliffene Mufffedern 6m. 7.50, bessere
6m. 8.50, beste Sorte 11 6m.

Verwand portofrei, zahlfrei gegen Nachnahme.
Muster frei. Umkauf u. Rücknahme gestattet.
Benedikt Sössel, Pöbels 209
bei Witten in Böhmen.

100000 da Kinder tragen echte Kleider
Matrosen-Anzüge und Mäntel

Verlangen Sie sofort Größta-Muster und Preisliste. Alles u. Körpergröße, Größe oder
Wägen angeben. 3-4 monat. Matrosenanzug, ohne Anzüge. Marine-Offiziers-Anzug
u. Vachtliedern Licht, Luft u. fecht. Bordige Stoffe für Anzüge, Kostüme, Mäntel pp.
Origin. Marine-Offiziers-Anzüge u. -Hosen, ungewaschen, (Körpergröße, Brust u. Hals-
weite, Schrittl. angeben.) Sweater, blaue Hemden, Detsch, Barab u. Kordelzeug, Offiziers-
und Klub-Uniformen, Marine-Verkaufhaus Bernhard Preller, Kiel 38.

Reispressfutter
füllt wie Milch

verfügbares, billiges Malt-
und Hilfsfutter für Heim-
Schweine und Ferkelzucht-
anlagen, zum Erhalten
für Geflügel, ca. 150 Pfd.
M. 0.70, 5 Gad M. 1.45,
ab 200 Pfd. per Nachnahme.
Cse. Sängler, Wilsch 32
bei Wismar (Schiffsd.).

BOHEMISCHE Bettfedern

Überaus billig bestm. Sie fertige Betten
Geringste Bettfedern graue
M. 0.80, 1.10, halbw.
M. 1.20, 1.50, weiße
M. 1.80, 2.20, weiße
Schlehdauen M. 4.50, 5.50,
Dauen 8.50, große Ober-
sch. M. 12.00, 15.00. In
die edelste M. 25.00. Alles
bis gefüllt M. 4.50, 1a edel
rot M. 7.50. Von 9 Pfund
portofrei. 1. Bei Rückf. Geb.
M. 1.00. 2. M. 1.50. 3. M. 2.00.
Bettfedernvertrieb M. Mählendorfer,
Kaldmühle 552, Bayr. Wald (Böhmen).

Bevor Sie wo anders kaufen,

lassen Sie sich kostenlos den
Katalog über billige
Schuhe, Damenkleider,
Stoffe, Wäsche, Woll-
waren aller Art, Spiel-
waren und 3000 andere
saubere billige Waren
kommen. Schreiben Sie
gleich an W. Giesemann,
Wilmanns 50/53
Größtes Versandhaus in
München: Jährl. über
200000 Pakete

Bettmässen
Befreiung sofort.
Alter und Geschlecht
angeb. Ausk. unsonst.
Institut Winkler,
München 533, Feldstr. 4

Billiger KÄSE

Qualität. 3.95
9 Pfd. rote Käse 3.95
9 Pfd. Käse 7.90
9 Pfd. Käse (best.) 7.90
9 Pfd. Käse 8.45
200 St. Käse in 100 St. 8.95
ab hier Nachnahme.
CARL RÄMM,
NORTORF (Holst.) 50

Gesicherte Existenz
durch Anfertigung einer
Möbel-Bauskizze
zum Preis von 100 Mark.
Eine berufliche Maßnahme
billig und zu günstigen
Bedingungen ausgeben
Schild & Rosenmann,
Kassel 19

3 in 3 Tagen Nichtraucher

Auswurf! Auswurf!
Santitas-Drop
Salle a. S. 192 L.

Anzeigen
auch die kleinste, haben den
denkbar größten Erfolg in
der Bergbau-Industrie

Verlangen Sie kostenlos
Zufendung

unseres Schuhkataloges!
Sie finden witzig günstige
Kaufgelegenheiten.
J. B. Herren-Halbhaue (Schwarz, Braun, Borzind
oder Led., Gr. 40-45) M. 7.50
Deutsch-Amerik. Schuh-
G. m. b. H.
München K 54
Kofelnr. 11, I. Et.

Konkurrenzlos m. Garantieschein f. 2 Jahre
Gute Taschenuhr nur M. 2.90

Nr. 3 Herren-Ant.-Uhr verid. M. 2.90
Nr. 4 verid. m. Goldr. Scham. 3.30
Nr. 5 m. best. Uhr. M. 4.50

Nr. 6 Sprungbedeluh, vergold.
eleg. Detonation, gutes Werk. 8.50
Nr. 8 Armbanduhr in verid. M. 5.50
Nr. 81 Dam.-Armb.-Uhr, verg. 7.-
Stückelste M. 0.30, Doppelseite, g. ver-
gold. 2.30. Gr. M. 1.20, Kupfer M. 0.25.

Jede Uhr hat ein 33-36 tündiges genau reguliertes Werk.
Verwand gegen Nachnahme, es es Katalog gem. gratis.
Uhrhaus Fr. Heinicke, Braunschweig 55, Welfenstr. 3
Schremsung ca. 15 000 Uhren nach allen Ländern der Welt

Unsere Buchhandlung
liefert zum Organisationspreis für
unsere Mitglieder wichtige Bücher:

Bürgerliches Gesetzbuch, Textausgabe	3,25
Reichsversicherungsordnung	2,40
Gesetz über Arbeitsvermittlung	1,00
Strafgesetzbuch	1,20
Hoeningers Arbeitsrecht	5,60
Bürgerliches Gesetzbuch mit Nebengesetzen	10,-
Spliedt-Bröcker: Gesetz über Arbeitslosenversicherung u. Arbeitsvermittlung mit Kommentar	8,00
Reichsverfassung, Textausgabe	90
Naphtali: Wirtschaftsdemokratie	2,80

Bestellungen erbitten wir an
H. Hansmann & Co., Bochum
Wiemelhauser Strasse 38-42

Verbands-Abzeichen

für Bergarbeiter sind
je nach der Größe zum
Preis von 50 u. 75 Pfg.
durch unsere Ortsver-
waltungen von der Ge-
schäftsstelle oder der
Zirkelstelle zu beziehen.

Bettfedern
aus
erster
Hand

Pfd. gr. 60 Pfd. geschl. 75
u. 90 Pfd. Rupp. 1.50, Halb-
dauna 2.75, weiß, Flaum-
rupf. - beste 5., Dauen
4, 7, weiß 7-10, Schlei-
daune 3.50-5, Oberbett,
1a Inlett 12, 18, Mieson
3.50, 5.50, g. Stand u. 23-
aufw. Vers. geg. Nachn.
Muster u. Preisliste frei.
Nichtgefall. zurück, da-
her kein Risiko. Böhm.
Bettfedern-Vertrieb
Sachsenstr. 11/12, Berlin
6106, Landsberg-Str. 43

BETT FEDERN

Zehntausend
Dankschreiben

1 Pfd. grau - 80u.
1 - halbw. 1.50, gr.
halbw. 2.50 u. 3.-
weiß, Flaumrupf. 3.50
4.50, Spezial 5.-
weiße, handgesch.
3.50, 4.50, dauna,
5.50 u. 6.50, weißer
Flaum 8.- u. 10.-
Oberbetten: 16.-
23.50, 26.-, 31.-
Mieson: 4.50, 6.50,
8.50, 11.50, Unter-
betten: 17.-, 19.-
21.50, 29.-, Mieser
und Preis. unsonst. Von 9 Pfd. an franko gegen
Nachnahme. Umkauf gestattet oder Geld zurück.
Josef Christl Nachf., Cham. 371b, (Wald).

Rheumatismus, Gicht oder Ischias

leiden, bin ich gern bereit, nähere kostenlose
Ratschläge zu erteilen. Rückporto erbeten.
**Felix Franzen, Gastwirt, Wanne-Estel,
Wollteichstraße 62.**

Kastenwagen

Untergestell pr. Esche,
100 cm lang, 4-5
Zentner Tragkraft
25 Mark franko.
Jos. Abel, Borsch-Gelsa (Thür.)

Käse billiger direkt ab Fabrik

Holst. Käse (Brothorn) 9 Pfd. M. 3.50
Edamer Art rot (1/2 fett) 9 Pfd. 4.80
Tilsiter Art (1/2 fett) 9 Pfd. 6.00
Holländer Art (1/2 fett) 9 Pfd. 7.40
Hilsiter Art (Block vollfett) 9 Pfd. 8.80
Nachn. Porto und Verp. 1 Mk. extra.
O. Danke, Käsefabr., Hamburg 15 B 56.

Ristieren Sie 3 Mart

Alles zusammen porto- u. verpackungsfrei nur M. 3.-

Wenn Sie diese Annonce ausschneiden und heute abenden,
haben Sie in 3 Tagen das Paket und können sich selbst
überzeugen, wie groß die Geldersparnis und der Vorteil
ist, sich seinen Rauchtabak direkt aus der **Kautabakfabrik**
E. Köller, Bruhsal in Baden, zu bestellen.

Wer klug ist, kauft bei Uhren-Klasse

Reklamepreis! Nur 4 M.

Unsere Leiser
bei Befreiung einer Uhr zu 6,50 M. oder mehr.

Uhren-Klasse, Berlin SW 29 (28), Zossener Str. 8.

Gummi
Preis B 3
groß. Neutr. Verand.
„Modius“, Berlin SW 68
Alle Jakobstraße 8.

billige böhmische Bettfedern!

1 Pfund graue, gute, geschliffene
Bettfedern 80 Pfd., bessere Qualität
1 M. halbweiße, haumige 1 M. 20.
1 M. 40; weiße, haumige, geschliffene
1 M. 70; 2 M. 2 M. 50; 3 M. 70; feine,
geschliffene Halbhaum-Greifhaue-
federn 4 M. 5 M. 6 M. Graue Halb-
haum 2 M. 75, halbweiße Dauen 6 M.,
weiße 7 M., hochfeine 10 M. Muff-
federn, ungechliffene mit Flaum,
gemengt, halbweiße 1 M. 75, weiße
2 M. 40, 3 M.: allerfeinster Flaumrupf 3 M. 50, 4 M. 50. - Versand
jeder beliebigen Menge zahlfrei gegen Nachnahme, von 10 Pfund an franko.
Umkauf gestattet oder Geld zurück. Muster und Preisliste kostenlos.
S. Benisch in Prag XII, Amerika ulice Nr. 709 (Böhmen).



DAS SCHRECKGESPENST

Nachdem aber Haus Neuerburg
den Kampf gegen den Tabak-
staub aufgenommen hat, strah-
len die Räume unserer Fabriken
vor Sauberkeit. Gleichzeitig
wurde den Zigaretten, die in
staubfreien Arbeitssälen her-
gestellt werden, jeder bittere
Beigeschmack genommen und
eine ganz gleichmäßig bren-
nende Füllung sichergestellt.

für den Zigarettenfachmann war
bislang der gelbliche Tabak-
staub. Sein bitterer Geschmack
nimmt beim Verbrennen selbst
der herrlichsten Macedonen-
Mischung die Blüte des Aromas.
Er bildet sich in allen Stadien
der Verarbeitung immer wieder
zum Leidwesen aller in Tabak-
betrieben tätigen Menschen.

HAUS NEUERBURG G.M.B.H.

Miele

Das Geheimnis unseres Er-
folges liegt in der gewissen-
haften Durchführung des
Qualitäts-Prinzips.

Die Auswahl und Pflege der Hölzer
sowie deren Bearbeitung haben in
unserem Betriebe eine Vollkommen-
heit erreicht, die nicht mehr übertro-
fen werden kann. Das gleiche gilt von
der Metallbearbeitung. In keiner
unserer Abteilungen wird am flie-
ßenden Band gearbeitet, wodurch
der Charakter der Präzisions-Fab-
rikation nicht gestört wird. Jede
Waschmaschine, Wringmaschine
und Mangel verläßt die Fabrik als
Musterstück, sie ist von den betref-
fenden Facharbeitern so sorgfältig
hergestellt, als ob sie für ihren ei-
genen Gebrauch bestimmt wäre.

**Gut und preiswert,
das ist der Grundsatz,
nach dem wir arbeiten.**

Zu haben in den
einschlägigen Geschäften

Miele

Das Geheimnis unseres Er-
folges liegt in der gewissen-
haften Durchführung des
Qualitäts-Prinzips.

Die Auswahl und Pflege der Hölzer
sowie deren Bearbeitung haben in
unserem Betriebe eine Vollkommen-
heit erreicht, die nicht mehr übertro-
fen werden kann. Das gleiche gilt von
der Metallbearbeitung. In keiner
unserer Abteilungen wird am flie-
ßenden Band gearbeitet, wodurch
der Charakter der Präzisions-Fab-
rikation nicht gestört wird. Jede
Waschmaschine, Wringmaschine
und Mangel verläßt die Fabrik als
Musterstück, sie ist von den betref-
fenden Facharbeitern so sorgfältig
hergestellt, als ob sie für ihren ei-
genen Gebrauch bestimmt wäre.

**Gut und preiswert,
das ist der Grundsatz,
nach dem wir arbeiten.**

Zu haben in den
einschlägigen Geschäften